

# BERICHT

des Parlaments  
der Deutschsprachigen Gemeinschaft über  
seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode

**2016-2017**

PARLAMENT  
der Deutschsprachigen  
Gemeinschaft



WAHLEN ALLEIN MACHEN NOCH

# INHALT

<b>PARLAMENT</b>	3
FRAKTIONEN	3
MITGLIEDER	4
<b>ARBEITSSTRUKTUR</b>	5
PLENUM	5
PRÄSIDIUM	6
ERWEITERTES PRÄSIDIUM	6
PRÄSIDENT	7
AUSSCHÜSSE	7
<b>VERWALTUNG DES PARLAMENTS</b>	8
EINLEITUNG	8
HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS	8
VERWALTUNGSPERSONAL	9
<b>OMBUDSDIENST</b>	10
<b>REGIERUNG</b>	11
<b>LEGISLATIVE ARBEIT</b>	12
ALLGEMEINES	12
VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN	13
SITZUNGSPERIODE 2016-2017	13
PARLAMENTS BESCHLÜSSE	14
<b>AUSSCHUSSARBEIT</b>	18
AUSSCHUSS I	18
AUSSCHUSS II	20
AUSSCHUSS III	22
AUSSCHUSS IV	23
AUSSCHUSS V	25
BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN	26
<b>REGIERUNGSKONTROLLE</b>	29
ALLGEMEINES	29
INTERPELLATIONEN	29
BEGRÜNDETE ANTRÄGE	30
FRAGEN	30
THEMENDEBATTEN	39
<b>PARLAMENT ALS OFFENES HAUS</b>	40
DIE PARLAMENTS BIBLIOTHEK	40
LIVESTREAM	41
VERANSTALTUNGEN	41
PREISE DES PARLAMENTS	42
BESUCHER UND GÄSTE	43
BESONDERE GÄSTE IM PARLAMENT	44
<b>PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL</b>	46
ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTS IN BELGIEN	46
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTS	47
EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN	50
<b>BÜRGERDIALOG</b>	51
<b>PARLAMENT IN ZAHLEN</b>	51
IMPRESSUM	51

# PARLAMENT

## FRAKTIONEN

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten. Die 25 Abgeordneten wurden am 25. Mai 2014 direkt von den Wählern der DG bestimmt.

Sitzverteilung: Politische Partei/Bewegung Anzahl Sitze

CSP	7
ProDG	6
SP	4
PFF	4
VIVANT	2
ECOLO	2
Total	25

Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Eine *nicht anerkannte* Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine *anerkannte* Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus.

Anerkannte Fraktionen sind CSP, ProDG, PFF und SP.  
Nicht anerkannte Fraktionen sind VIVANT und ECOLO.

### CSP-Fraktion

7 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

http://www.csp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Daniel Franzen

daniel.franzen@pdg.be



### ProDG-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

http://www.prodg.be/

Fraktionsvorsitzender: Alfons Velz

alfons.velz@pdg.be



### SP-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

http://www.sp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty

charles.servaty@pdg.be



### PFF-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

http://www.pff.be/

Fraktionsvorsitzender: Gregor Freches

gregor.freches@pdg.be



### VIVANT-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

http://www.vivant-ostbelgien.org/

Fraktionsvorsitzender: Michael Balter

michael.balter@pdg.be



### ECOLO-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

http://www.ecolodg.be/

Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel

freddy.mockel@pdg.be



## MITGLIEDER

In der Sitzungsperiode 2016-2017 änderte sich die personelle Zusammensetzung des Parlaments:

Am 16. Dezember 2016 legte Anne Marenne-Loiseau (CSP) ihr Amt als Provinzialabgeordnete nieder und verlor somit auch ihre Funktion als Beratendes Mitglied im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Ihre Nachfolge trat Nicole De Palmaer in der Sitzung des Provinzialrates vom 26. Januar 2017, in der sie ihren Eid leistete, an.

Franziska Franzen (ECOLO) reichte ihren Rücktritt mit Datum vom 20. Januar 2017 ein. Ihr Nachfolger, Marc

Niessen, wurde am 23. Januar 2017 vereidigt.

Marion Dhur (CSP) wurde am 31. Januar 2017 Bürgermeisterin der Gemeinde Burg-Reuland. Aufgrund der Unvereinbarkeit zwischen dem Amt

des Bürgermeisters und dem Abgeordnetenmandat legte Frau Dhur am selben Tag ihr Mandat im Parlament nieder. Ihren Platz im Parlament nahm mit der Eidesleistung am 20. Februar 2017 Jérôme Franssen aus Raeren ein.

### Effektive, stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2017)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Michael	Balter	Mitglied des PDG	VIVANT
Mirko	Braem	Mitglied des PDG	CSP
Freddy	Cremer	Mitglied des PDG	ProDG
Patricia	Creutz-Vilvoye	Mitglied des PDG	CSP
Luc	Frank	Mitglied des PDG	CSP
Jérôme	Franssen	Mitglied des PDG	CSP
Daniel	Franzen	Mitglied des PDG	CSP
Gregor	Freches	Mitglied des PDG	PFF
Christoph	Gentges	Mitglied des PDG	PFF
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG	CSP
Evelyn	Jadin	Mitglied des PDG	PFF
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG	ProDG
Karl-Heinz	Lambertz	Mitglied des PDG	SP
Alain	Mertes	Mitglied des PDG	VIVANT
Alexander	Miesen	Präsident des PDG	PFF
Freddy	Mockel	Mitglied des PDG	ECOLO
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG	CSP
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG	SP
Marc	Niessen	Mitglied des PDG	ECOLO
Wolfgang	Reuter	Mitglied des PDG	ProDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG	ProDG
Liesa	Scholzen	Mitglied des PDG	ProDG
Charles	Servaty	Mitglied des PDG	SP
Marcel	Strougmayr	Mitglied des PDG	SP
Alfons	Velz	Mitglied des PDG	ProDG

### Beratende, nicht stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2017)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Pascal	Arimont	Europaabgeordneter	CSP
Jenny	Baltus-Möres	Regionalabgeordnete	PFF
Nicole	De Palmaer	Provinzialrätin	CSP
Katrin	Jadin	Kammerabgeordnete	PFF
Hans	Niessen	Provinzialrat	ECOLO
Alfred	Ossemann	Provinzialrat	SP
Edmund	Stoffels	Regionalabgeordneter	SP
Bernard	Zacharias	Provinzialrat	PFF



Jérôme Franssen



Marc Niessen



Nicole De Palmaer



# ARBEITSSTRUKTUR

Die Parlamentsarbeit spiegelt sich insbesondere in verschiedenen Gremien und Funktionen, deren Aufgaben in der Geschäftsordnung des Parlaments beschrieben werden.

Die wichtigsten Gremien und Funktionen sind:

- das Plenum
- das Präsidium
- das erweiterte Präsidium
- der Parlamentspräsident
- die Ausschüsse

## PLENUM

Die 25 Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft versammeln sich einmal im Monat zur Plenarsitzung. Besonders intensiv ist die Sitzungstätigkeit im Monat Dezember. Dann sind aufgrund der ausführlichen Debatten zum Haushalt gleich drei Sitzungen in einer Woche geplant.

In der Sitzungsperiode 2016-2017 fanden 12 Plenarsitzungen statt:

19.09.2016  
26.09.2016  
07.11.2016  
21.11.2016  
12.12.2016  
13.12.2016

15.12.2016  
23.01.2017  
20.02.2017  
24.04.2017  
29.05.2017  
26.06.2017

Die wichtigsten Entscheidungen des Plenums betreffen:

- die Wahl und die Kontrolle der Regierung,
- die Verabschiedung von Dekreten (Gesetzen) für die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- die jährliche Verabschiedung und Abänderung des Gemeinschaftshaushalts.



# PRÄSIDIUM

## Aufgaben

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Jede anerkannte Fraktion ist im Verhältnis zu ihrer Stärke im Präsidium vertreten. Durch die Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments (Beschluss vom 30. Mai 2016) und in Anwendung von Artikel 23 der Geschäftsordnung wird das Präsidium für die gesamte Dauer der Legislaturperiode gewählt. Die Neubesetzung im Rahmen der neuen Beschlussfassung fand in der ersten Plenarsitzung der neuen Sitzungsperiode 2016-2017, am 19. September 2016, statt.

Vorname	Name	Funktion
Alexander	Miesen	Präsident des PDG
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG

Der Greffier des Parlaments, Stephan Thomas, nimmt an den Sitzungen des Präsidiums teil.

## ERWEITERTES PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen. Das erweiterte Präsidium organisiert

insbesondere die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören vor allem die Arbeitsplanung der Plenarsitzungen und die entsprechenden Tagesordnungen.

## Fraktionsvorsitzende

Daniel Franzen	CSP
Alfons Velz	ProDG
Charles Servaty	SP
Gregor Freches	PFF
Michael Balter	VIVANT
Freddy Mockel	ECOLO

An den Sitzungen des Präsidiums und des erweiterten Präsidiums nimmt auch der Greffier des Parlaments, Stephan Thomas, mit beratender Stimme teil.

## Ausschussvorsitzende

### Alexander Miesen

Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit

### Marcel Strougmayr

Ausschuss II für Kultur, Lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung

### Freddy Cremer

Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung

### Robert Nelles

Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales



Die Mitglieder des erweiterten Präsidiums in der 2. Reihe v.l.n.r.: Alfons Velz, Herbert Grommes, Kirsten Neycken-Bartholemy, Freddy Mockel, Stephan Thomas, Freddy Cremer, Marcel Strougmayr und Daniel Franzen. In der 1. Reihe v.l.n.r.: Charles Servaty, Petra Schmitz, Robert Nelles, Lydia Klinkenberg und Gregor Freches.





Ausschuss II besuchte das Arbeitsamt in Eupen am 14. Februar 2017

## PRÄSIDENT

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe.

Er leitet die Sitzungen des Plenums und des Präsidiums. Er unterzeichnet die Beschlüsse des Plenums und gewährleistet die weitere Ausführung. Er überwacht die korrekte Einhaltung der Geschäftsordnung.

Er nimmt alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Dazu gehört die Teilnahme an Netzwerken wie der CALRE, der Versammlung der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis.

## AUSSCHÜSSE

### Allgemeines

Nach der Konstituierung des Parlaments werden die ständigen Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabengebiete festgelegt und die Zusammensetzung bestimmt. Die Ausschüsse werden nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten sein muss.

Die Ausschussarbeit bildet eine wichtige Säule der parlamentarischen Arbeit. In den Parlamentsausschüssen wird die gesetzgeberische Arbeit vorbereitet. Dekretvorlagen werden in kleinem Kreis vorgestellt, analysiert, diskutiert und abgeändert. Dazu holen die Ausschüsse häufig auch die Meinung von Experten, Betroffenen und Interessenvertretern ein. Nach den Beratungen verabschiedet der Ausschuss einen Text, der als Grundlage für die Verabschiedung eines Beschlusses im Plenum dient.

Für die Legislaturperiode 2014-2019 wurden fünf Ausschüsse eingesetzt. Die Arbeitsbereiche der jeweiligen Ausschüsse orientieren sich an den Zuständigkeitsbereichen der vier Regierungsmitglieder. Die Ausschüsse tagen wöchentlich, außer Ausschuss V, der nur bei Bedarf zusammentritt.

Die ständigen Ausschüsse sind:

- Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit,
- Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung,
- Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung,
- Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales,
- Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

# VERWALTUNG DES PARLAMENTS

## EINLEITUNG

Ein Parlament kann nicht ohne administrativen Unterbau funktionieren. Es benötigt Verwaltungsbeamte, die die Sitzungen vorbereiten und betreuen, die Beschlussvorlagen und die dazugehörige Dokumentation aufbereiten, die Abgeordneten bei ihrer Arbeit beraten, alle statutarischen Fragen regeln und die parlamentarische Arbeit in die Öffentlichkeit tragen.

Daneben müssen aber auch das Gebäude, die Sitzungsräume, die Büros und die technische Infrastruktur unterhalten und gepflegt werden.

Gemäß Artikel 26 der Geschäftsordnung regelt das Präsidium alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Auf dieser Grundlage legt es beispielsweise das Organigramm der Parlamentsverwaltung und den jährlichen Haushaltsplan des Parlaments fest.

## HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS

Die Kosten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft als gesetzgebende Institution werden mit Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt und gegebenenfalls aus der parlamentseigenen Reserve bestritten. Das Parlamentspräsidium verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan, der die Einnahmen und die Ausgaben für das kommende Jahr auflistet.

### Haushaltsjahr 2016

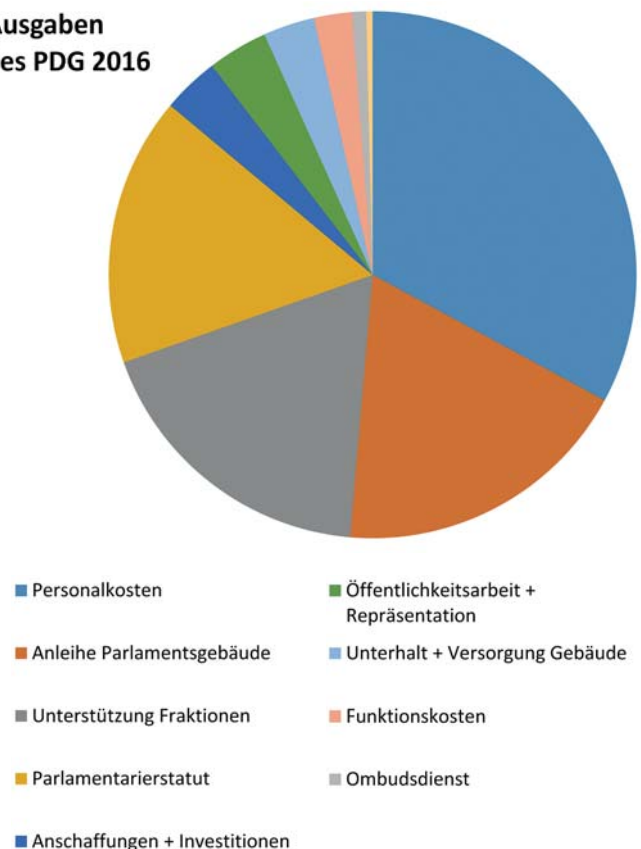
Für das Haushaltsjahr 2016 wurden Einnahmen in Höhe von 6.630.974,86 Euro und Ausgaben in Höhe von 6.380.138,00 Euro<sup>1</sup> verbucht.

Die ursprüngliche Schätzung der Ausgaben lag bei 6.624.000,00 Euro.

Die im Jahr 2016 getätigten Ausgaben können wie folgt aufgeschlüsselt werden:

Bereich	Betrag (Euro)	%
Personalkosten	2.099.859,75	32,9
Tilgung Anleihe Parlamentsgebäude	1.177.284,16	18,4
Unterstützung der Fraktionen	1.164.036,42	18,2
Parlamentarierstatut	1.052.464,57	16,7
Öffentlichkeitsarbeit + Repräsentation	235.892,38	3,7
Investitionen + größere Anschaffungen	221.712,79	3,5
Unterhalt + Versorgung Gebäude	200.824,78	3,1
Funktionskosten	148.239,37	2,3
Ombudsdienst	55.137,17	0,9
Verschiedenes	24.686,61	0,3
<b>Gesamt</b>	<b>6.380.138,00</b>	<b>100</b>

Ausgaben des PDG 2016



### Haushaltsjahr 2017

Für das Haushaltsjahr 2017 hat das Präsidium einen ausgeglichenen Haushalt veranschlagt: Die geschätzten Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf jeweils 6.718.000 Euro.

<sup>1</sup> Zum Vergleich: 2014: 6.445.635,05 Euro; 2015: 6.290.198,98 Euro.



# VERWALTUNGSPERSONAL

Die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung unterstützen das Parlament und seine Organe bei der parlamentarischen Arbeit.

## Organisation der Dienste

An der Spitze der Parlamentsverwaltung steht der Greffier. Er unterzeichnet gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten alle Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums und sorgt für deren Ausführung. Bei seiner Arbeit wird der Greffier durch den Direktionsrat unterstützt, dem er selber und die Dienstleiter angehören.

Greffier: Stephan Thomas

Die Parlamentsverwaltung ist in vier Diensten organisiert:

### Dienst 1: Ausschüsse

Der Dienst „Ausschüsse“ ist im Wesentlichen für die Planung, Durchführung und Betreuung der Sitzungstätigkeiten der ständigen Ausschüsse im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig.

Dienstleiterin: Eva Johnen

### Dienst 2: Expertise und Publikationen

Der Dienst „Expertise und Publikationen“ zeichnet verantwortlich für die korrekte Erstellung aller Parlamentsdokumente. Gleichzeitig ist der Dienst auch Anlaufstelle für juristische Gutachten, Übersetzungsarbeiten und die sprachliche Prüfung.

Dienstleiterin: Gaby Modard-Girretz

### Dienst 3: Verwaltung

Der Dienst „Verwaltung“ regelt die interne Organisation des Parlaments, betreut die Buchhaltung des Hauses, verwaltet die Finanzmittel sowie die Infrastruktur und regelt alle statutarischen Fragen für Mitarbeiter und Abgeordnete.

Dienstleiter: Daniel Brandt

### Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Der Dienst „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ kommuniziert die Parlamentsarbeit nach außen, betreut Besuchergruppen und organisiert Veranstaltungen. Auch die Parlamentsbibliothek ist dem Dienst angegliedert.

Dienstleiterin: Myriam Pelzer

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurden auch die Verwaltungsstruktur und die Aufgabenverteilung nach Diensten angepasst.

## Personalstruktur (Stand 01.09.2017)

Zurzeit arbeiten insgesamt 40 Personen in der Parlamentsverwaltung.

Nachfolgend ist die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs nach Ausbildungsgrad, nach administrativem Statut und nach Geschlecht aufgeschlüsselt:

Mitarbeiter pro Stufe (Vollzeitäquivalenz)	Anzahl
Stufe 1 (Master)	11,00
Stufe 2+ (Bachelor)	5,15
Stufe 2 (Abitur)	12,50
Stufe 3 (Sonstiges)	6,20
<b>TOTAL</b>	<b>34,85</b>

Mitarbeiter nach Statut	Anzahl
Beamte	29
Vertragliche	10
Senat	1
<b>TOTAL</b>	<b>40</b>

Mitarbeiter nach Geschlecht	Anzahl
Männlich	14
Weiblich	26
<b>TOTAL</b>	<b>40</b>

## Zugänge und Abgänge

In der Sitzungsperiode 2016-2017 ist ein Zugang zu verzeichnen.

# OMBUDSDIENST

Seit September 2010 verfügt die Deutschsprachige Gemeinschaft über einen eigenen Ombudsmann. Auf der Grundlage des Dekrets vom 26. Mai 2009 vermittelt der Ombudsmann neutral und unabhängig bei Beschwerden der Bürger gegen die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Diese Vermittlungstätigkeit wurde im März 2016 auf die Amtshandlungen der lokalen Verwaltungsbehörden (im Wesentlichen die Gemeinden und die ÖSHZ) und die Einrichtungen mit einem Auftrag im öffentlichen Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgedehnt. Seither kann der Ombudsmann bei Beschwerden, die die Einhaltung der Sprachengesetzgebung betreffen, unterstützend tätig werden, auch wenn er bei derartigen Klagen nicht selbst vermitteln kann.



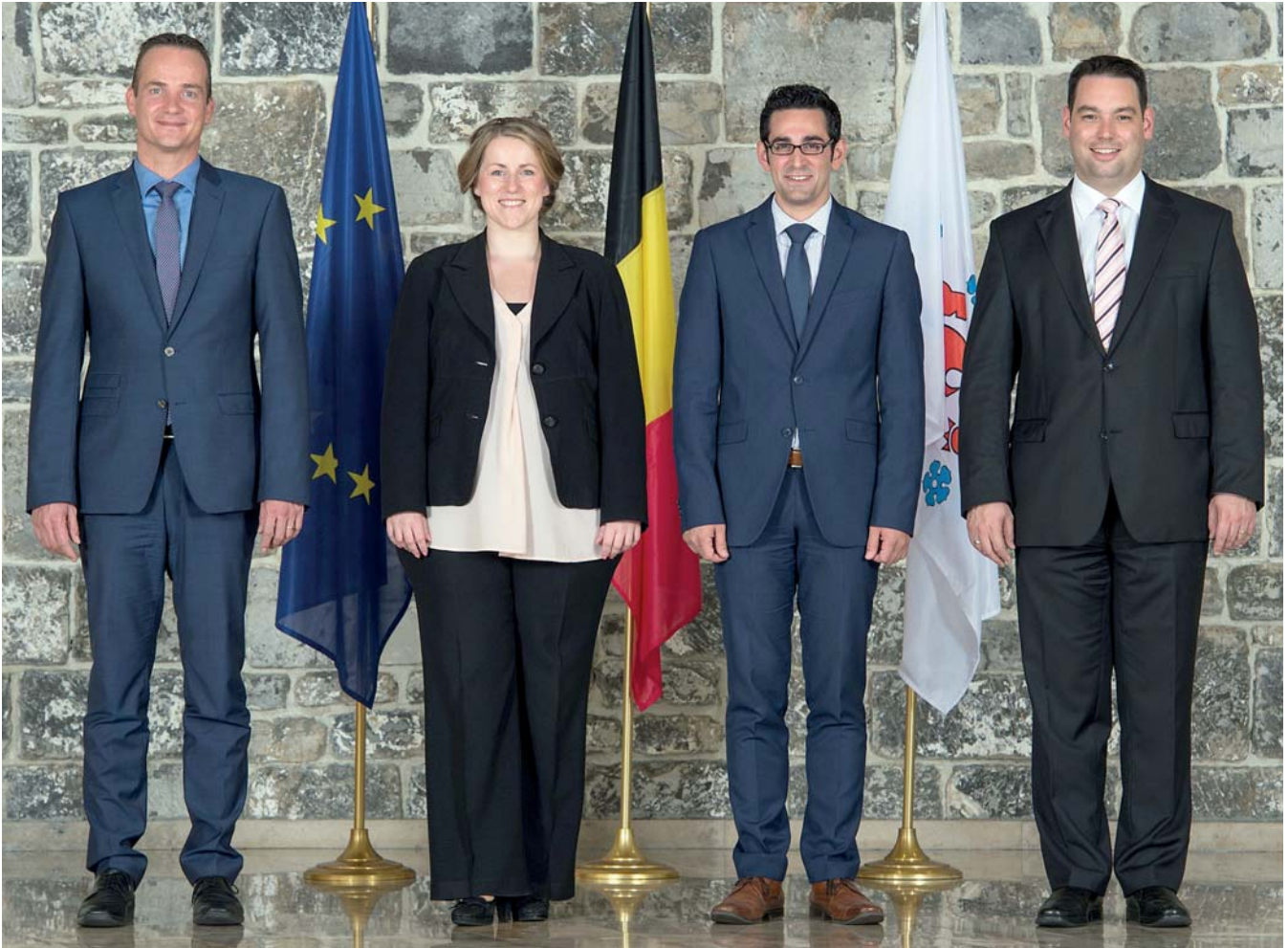
Das Mandat des Ombudsmanns Cédric Langer lief im September 2016 nach einer sechsjährigen Mandatszeit aus. Da Herr Langer mitgeteilt hatte, kein weiteres Mandat anstreben zu wollen, wurde das Amt im Herbst 2016 öffentlich ausgeschrieben. Nach Abschluss eines entsprechenden Auswahlverfahrens bezeichnete das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft im März 2017 einstimmig Frau Marlene Hardt zur neuen Ombudsfrau.

Im Rahmen der Amtseinführung am 30. März 2017 zog zunächst der scheidende Ombudsmann Bilanz über seine Tätigkeit, die wesentlich vom Aufbau des Dienstes und eines entsprechenden Netzwerkes geprägt war. Etwas mehr als 1.000 Beschwerden wurden ihm in seiner Mandatszeit zugetragen, allerdings betrafen die meisten davon nicht die Verwaltungsdienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die lokalen Behörden.

Die neue Ombudsfrau stellte im Anschluss die Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit vor: Der Ombudsdienst sei noch zu wenig bekannt, deshalb werde die Information und die Kommunikation über die Vermittlungsdienste optimiert. Im Hinblick auf eine noch größere Bürgernähe müssten darüber hinaus die Kontaktmöglichkeiten ausgedehnt werden. Vor dem Hintergrund der Anfang 2016 erfolgten Befugnisserweiterung stehe schließlich die Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden auf dem Programm, so Frau Hardt abschließend.

*Marlene Hardt bei ihrer Amtseinführung mit Parlamentspräsident Alexander Miesen*

# REGIERUNG



Die Regierung besteht aus vier Mitgliedern: dem Ministerpräsidenten und drei Ministern. Die Regierung wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Das Parlament hat zur Aufgabe, stellvertretend für die Bevölkerung, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Die Regierungsmitglieder legen ihren Eid vor dem Parlamentspräsidenten ab.

Das parlamentarisch-demokratische System der Gewaltenteilung ist ein System des gegenseitigen Überprüfens und des Ausgleichs. Weder die Exekutiv- noch die Legislativgewalt können die großen politischen Linien der Gemeinschaft ohne die Mitwirkung der jeweils anderen Gewalt festlegen. Die Regierung legt zu Beginn ihrer Tätigkeit ein Arbeitsprogramm vor, das sie umsetzen möchte. Für viele Maßnahmen dieses Programms sind Dekrete als gesetz-

liche Grundlage notwendig. Hier ist die Regierung auf die enge Zusammenarbeit mit dem Parlament angewiesen.

**Oliver Paasch (ProDG)**, Ministerpräsident

**Isabelle Weykmans (PFF)**, Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

**Antonios Antoniadis (SP)**, Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

**Harald Mollers (ProDG)**, Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung



# LEGISLATIVE ARBEIT

## ALLGEMEINES

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze. Das Parlament legt darin Regeln in Bezug auf die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest.

Im Zuge der sechsten Staatsreform sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Die Wallonische Region übertrug der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden und Tourismus.

### Gemeinschaftszuständigkeiten

#### **Auszug aus der Belgischen Verfassung:**

**Art. 130 – §1 –** Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

### Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und neben schulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

### Das Unterrichtswesen umfasst:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,

- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachgebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

### Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
  - die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
  - die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich vereinzelter Geriatriedienste,
  - die Pflegeleistung in vereinzelt spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
  - die Langzeitrehabilitation (long term care),
  - die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,
  - die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
  - die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,
- der Personenbestand, darunter
- die Familienpolitik einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,

- die Auszahlung von Familienzulagen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist,
- der erste juristische Beistand,
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosälen.

#### **Als auswärtige Beziehungen gelten:**

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, d. h. die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden.

## **Regionale Zuständigkeiten**

### **Auszug aus der Belgischen Verfassung:**

**Art. 139** – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

*Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.*

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wurde bisher fünfmal per Dekret vollzogen. Das Parlament

übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999)
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (durch Rückübertragung nach der sechsten Staatsreform (2014))

## **VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN**

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden.

Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter.

Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut und die Sprachengesetzgebung beziehen.

## **SITZUNGSPERIODE 2016-2017**

Am 19. September 2016 eröffnete Alterspräsident Alfons Velz mit der ersten Plenarsitzung die neue Sitzungsperiode. Die Regierung hatte zuvor zum 18. September 2016 die Sitzungsperiode 2015-2016 per Erlass geschlossen.

Gemeinsam mit den beiden jüngsten Abgeordneten, Liesa Scholzen (ProDG) und Evelyn Jadin (PFF), führte der Alterspräsident die Wahl des neuen Präsidiums durch. In das Präsidium

werden Vertreter aller anerkannten Fraktionen im Verhältnis zu ihrer Stärke entsandt.

Die Mehrheitsfraktionen schlugen Alexander Miesen (PFF) für das Amt des Parlamentspräsidenten vor, die Opposition stellte keinen Gegenkandidaten. Ohne Wahlgang wurde Alexander Miesen dann zum Präsidenten benannt. Auch die übrigen Präsidiumsmitglieder wurden von ihren jeweiligen Fraktionen bestimmt

und ohne Wahlgang bezeichnet. Die Besetzung des Präsidiums bleibt für die Dauer der Legislaturperiode unverändert, es sei denn, ein Mitglied muss aufgrund seines Rücktritts oder seines Ausscheidens aus dem Parlament ersetzt werden (Artikel 24 der Geschäftsordnung).

Der ausscheidende Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz (SP) wurde in derselben Plenarsitzung vom Parlament mit der Aufgabe des Gemeinschaftssenators betraut.

Das Parlament tagte 2016-2017 zwölfmal im Plenum und verabschiedete 9 Beschlüsse, 5 Haushaltsdekrete, 12 Dekrete, 24 Zustimmungsdokumente, 1 Gutachten und 7 Resolutionen.

Die Dekrete in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrafen:

1. die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe;
3. die Harmonisierung der Rechtsgrundlagen der beratenden Gremien in Bezug auf deren Beziehun-

gen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. die Abänderung des Kodex der Lokalen Demokratie und der Zentralisierung insbesondere in Bezug auf die Gemeinderatswahlen;
5. die Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
6. die Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2376 des Rates vom 8. Dezember 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung;
7. die Förderung des Tourismus;
8. die Vereinfachung des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen;
9. das Programmdekret 2017;
10. den Schutz des beweglichen Kulturgutes von außerordentlicher Bedeutung;
11. die Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017;
12. die Beschulung von erstankommenden Schülern.

Die Resolutionen betrafen:

1. die Gültigkeitserklärung der föderalen Wahlen, der Gemeinschafts- und der Regionalwahlen;
2. eine nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Angebote des öffentlichen Personenverkehrs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. die Verbesserung der Aufklärung für Verbraucher über Zusatzstoffe in der Nahrung und die Schaffung von bindenden Regeln zur Nutzung dieser Stoffe sowie die Einführung von verbraucherfreundlichen Etikettierungen für Lebensmittelprodukte;
4. die Abschaltung der schadhaften Reaktoren Tihange 2 und Doel 3;
5. die Infrastrukturabgabe, die für die Benutzung der Fernstraßen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden soll;
6. die Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet;
7. die Förderung der Mehrsprachigkeit mit Vorrang für die drei Landessprachen.

## PARLAMENTS BESCHLÜSSE

Titel	Dokument Nr. + Sitzungsperiode	Verabschiedung	Typ
Beschluss zur Wahl des Präsidiums des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den verbleibenden Zeitraum der Legislaturperiode 2014-2019	(2016-2017)	19.09.2016	B
Beschluss zur Wahl des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den verbleibenden Zeitraum der Legislaturperiode 2014-2019	(2016-2017)	19.09.2016	B
Beschluss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Wahl des Senators der Deutschsprachigen Gemeinschaft	(2016-2017)	19.09.2016	B
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 16. September 2014 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Interregionalen Parlamentarier-Rat der Großregion für die Legislaturperiode 2014-2019	20 (2016-2017)	19.09.2016	B
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehzentrens der Deutschsprachigen Gemeinschaft	36 (2016-2017)	19.09.2016	B
Dekret zur Zustimmung zu dem Benelux-Vertrag über grenzüberschreitende und interterritoriale Zusammenarbeit, geschehen zu Den Haag am 20. Februar 2014	128 (2016-2017)	19.09.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll über den Beitritt der Regierung der Russischen Föderation zu dem Übereinkommen vom 16. Dezember 1988 über den Bau und Betrieb einer europäischen Synchrotronstrahlungsanlage, geschehen zu Grenoble am 23. Juni 2014 und zu Paris am 15. Juli 2014	129 (2016-2017)	19.09.2016	ZD

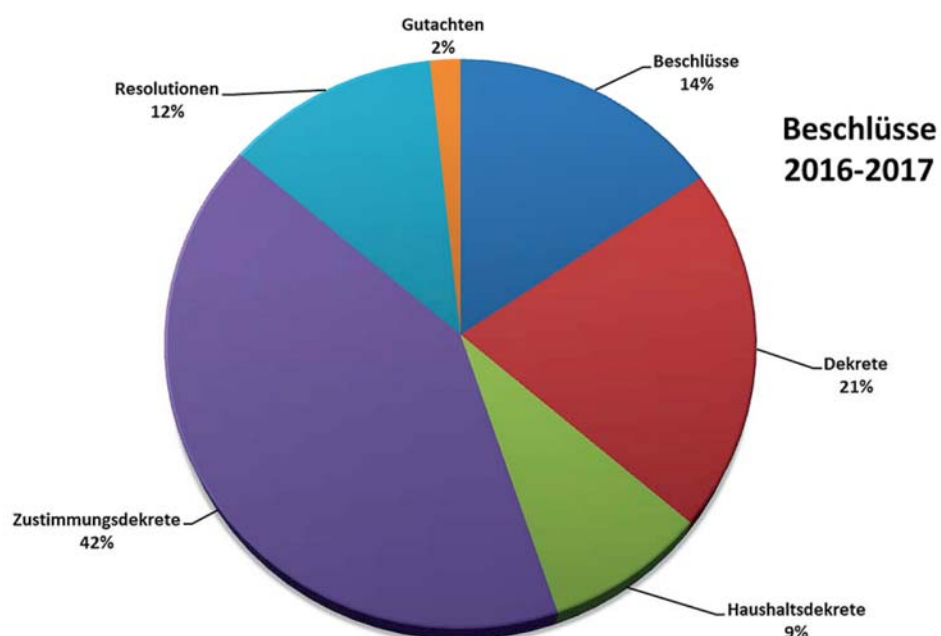


Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips	131 (2016-2017)	19.09.2016	G
Dekret zur Zustimmung zu dem Vertrag über die Interparlamentarische Versammlung Benelux, geschehen zu Brüssel am 20. Januar 2015	133 (2016-2017)	19.09.2016	ZD
Resolution an die föderalen Kammern zur Reform des Beschwerdeverfahrens in Bezug auf die Gültigkeitserklärung der föderalen Wahlen, der Gemeinschafts- und der Regionalwahlen	137 (2016-2017)	19.09.2016	R
Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	130 (2016-2017)	26.09.2016	D
Dekret über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe	136 (2016-2017)	26.09.2016	D
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 24. November 1992 in Mexiko unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, geschehen zu Mexiko am 26. August 2013	138 (2016-2017)	26.09.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Östlich des Uruguay zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuervermeidung samt Protokoll, geschehen zu Montevideo am 23. August 2013	139 (2016-2017)	26.09.2016	ZD
Resolution für eine nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Angebote des öffentlichen Personenverkehrs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	127 [146] (2016-2017)	07.11.2016	R
Dekret zur Harmonisierung der Rechtsgrundlagen der beratenden Gremien in Bezug auf deren Beziehungen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft	140 (2016-2017)	07.11.2016	D
Resolution an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung, das EU-Parlament, die EU-Kommission, den EU-Ministerrat, den deutschen Bundestag, das Parlament Luxemburgs und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Verbesserung der Aufklärung für Verbraucher über Zusatzstoffe in der Nahrung und der Schaffung von bindenden Regeln zur Nutzung dieser Stoffe sowie der Einführung von verbraucherfreundlichen Etikettierungen für Lebensmittelprodukte	142 (2016-2017)	07.11.2016	R
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über soziale Sicherheit zwischen dem Königreich Belgien und dem Staat Israel, geschehen zu Jerusalem am 24. März 2014	143 (2016-2017)	07.11.2016	ZD
Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Abschaltung der schadhafte Reaktoren Tihange 2 und Doel 3	144 (2016-2017)	07.11.2016	R
Dekret zur Abänderung des Kodex der Lokalen Demokratie und der Dezentralisierung insbesondere in Bezug auf die Gemeinderatswahlen	132 (2016-2017)	21.11.2016	D
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und Montenegro über die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von bestimmten Familienangehörigen des diplomatischen und konsularischen Personals, geschehen zu Brüssel am 9. Juni 2010	150 (2016-2017)	12.12.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien, vertreten durch seine Regierung, und dem Staat Israel, vertreten durch seine Regierung, über die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen des Personals einer diplomatischen Mission oder eines konsularischen Postens, geschehen zu Jerusalem am 11. November 2013	151 (2016-2017)	12.12.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Kolumbien über die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Familienangehörigen des diplomatischen und konsularischen Personals, geschehen zu Bogota am 25. August 2015	152 (2016-2017)	12.12.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Südafrika über die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von Partnern des diplomatischen und konsularischen Personals, geschehen zu Pretoria am 14. Januar 2016	153 (2016-2017)	12.12.2016	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und Jersey über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu London am 13. März 2014	154 (2016-2017)	12.12.2016	ZD

Dekret zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben	148 (2016-2017)	13.12.2016	D
Dekret zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2376 des Rates vom 8. Dezember 2015 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung	157 (2016-2017)	15.12.2016	D
Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015	5-3-HH2015 (2016-2017)	15.12.2016	HD
Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015	6-HH2015 (2016-2017)	15.12.2016	HD
Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016	5-2-HH2016 (2016-2017)	15.12.2016	HD
Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017	4-HH2017 (2016-2017)	15.12.2016	HD
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	36 (2016-2017)	23.01.2017	B
Dekret zur Förderung des Tourismus	147 (2016-2017)	23.01.2017	D
Dekret zur Vereinfachung des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen	163 (2016-2017)	23.01.2017	D
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über eine verstärkte Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kasachstan andererseits, geschehen zu Astana am 21. Dezember 2015	164 (2016-2017)	23.01.2017	ZD
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	36 (2016-2017)	20.02.2017	B
Programmdekret 2017	155 (2016-2017)	20.02.2017	D
Dekret zum Schutz des beweglichen Kulturgutes von außerordentlicher Bedeutung	158 (2016-2017)	20.02.2017	D
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über soziale Sicherheit zwischen dem Königreich Belgien und der Tunesischen Republik, geschehen zu Tunis am 28. März 2013	167 (2016-2017)	20.02.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über soziale Sicherheit zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung der Republik Türkei, geschehen zu Ankara am 11. April 2014	168 (2016-2017)	20.02.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über soziale Sicherheit zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich Marokko, geschehen zu Brüssel am 18. Februar 2014	169 (2016-2017)	20.02.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen von Paris, geschehen zu Paris am 12. Dezember 2015	171 (2016-2017)	20.02.2017	ZD
Beschluss des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Bezeichnung der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft	174 (2016-2017)	20.02.2017	B
Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 16. September 2014 zur Bezeichnung der Vertreter des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Verwaltungsrat des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit und Bekämpfung des Rassismus und der Diskriminierungen	21 (2016-2017)	24.04.2017	B
Resolution bezüglich der Infrastrukturabgabe, die für die Benutzung der Fernstraßen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden soll	159 (2016-2017)	24.04.2017	R
Resolution an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet	161 (2016-2017)	24.04.2017	R
Resolution an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Förderung der Mehrsprachigkeit mit Vorrang für die drei Landessprachen	166 (2016-2017)	29.05.2017	R
Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen Nr. 187 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz, geschehen zu Genf am 15. Juni 2006	179 (2016-2017)	29.05.2017	ZD

Dekret zur Zustimmung zu dem in Genf am 11. Juni 2014 von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer hundertdritten Sitzung angenommenen Protokoll zum Übereinkommen über Zwangsarbeit	180 (2016-2017)	29.05.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Zusatzabkommen zur Änderung des Abkommens vom 28. August 1978 zwischen dem Königreich Belgien und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Brüssel am 10. April 2014	183 (2016-2017)	29.05.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 14. November 1996 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Usbekistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in der Fassung des am 17. April 1998 in Taschkent unterzeichneten Zusatzprotokolls, geschehen zu Brüssel am 18. Februar 2015	184 (2016-2017)	29.05.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuervermeidung samt Protokoll, geschehen zu Oslo am 23. April 2014	187 (2016-2017)	29.05.2017	ZD
Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen von Minamata über Quecksilber, geschehen zu Kumamoto am 10. Oktober 2013	190 (2016-2017)	29.05.2017	ZD
Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017	5-1-HH2017 (2016-2017)	26.06.2017	HD
Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017	182 (2016-2017)	26.06.2017	D
Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten	188 (2016-2017)	26.06.2017	ZD
Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Feststellung der Angliederungsfaktoren zur Feststellung des persönlichen Anwendungsbereichs der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen der Gebietskörperschaften, der Haushaltsgestaltung und der Anlastung der für die Gebietskörperschaften gezahlten Familienleistungen und der tatsächlichen Anwendung von gemeinsamen, durch den Verwaltungsausschuss von FAMIFED vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen	189 (2016-2017)	26.06.2017	ZD
Dekret zur Beschulung von erstankommenden Schülern	192 (2016-2017)	26.06.2017	D

B = Beschluss	9
D = Dekret	12
G = Gutachten	1
HD = Haushaltsdekret	5
R = Resolution	7
ZD = Zustimmungsdekret	25





# AUSSCHUSSARBEIT

Die Fachausschüsse im Parlament beschäftigen sich mit vielfältigen Themen. Die Parlamentsbeschlüsse werden in den Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet. Hinter verschlossener Tür werden Meinungen ausgetauscht, Fragen gestellt und Sachverständige angehört.

In öffentlicher Sitzung findet monatlich die Regierungskontrolle statt. Aktuelle Fragen und Interpellationen werden diskutiert. Diese Sitzungen werden im Livestream ausgestrahlt und sind auf der Website des Parlaments einsehbar.

Neben der Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit behandeln die Ausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche verstärkt gesellschaftspolitisch relevante Themen, beziehen in dieser Hinsicht die Zivilgesellschaft und die Bürger ein und sorgen für eine entsprechende Berichterstattung.

## AUSSCHUSS I

### FÜR ALLGEMEINE POLITIK, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

#### Rückblick

Die Entwicklung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die zu erwartende Staatsreform nach 2019 haben den Ausschuss in dieser Sitzungsperiode zentral beschäftigt. Ausgehend von der Grundsatzklärung des Parlaments vom 27. Juni 2011 gliederte man die diesbezüglichen Arbeiten in mehrere Blöcke: Die Untersuchung der auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der Wallonischen Region noch ausgeübten Zuständigkeiten, die Vorbereitung auf die mögliche Entwicklung des belgischen Föderalmodells einschließlich der Zuständigkeitsverteilung sowie die Vertiefung der angemessenen Finanzmittel bzw. Finanzierungsmöglichkeiten. Hinzugefügt wurde im Laufe der Beratungen noch ein weiterer Aspekt: Die Stellung der deutschen Sprache in Belgien. Einen wichtigen Meilenstein bei diesen Arbeiten stellte das Kolloquium im September 2016 zu den „Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und ihre Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft“ dar. Im gleichnamigen Band 3 der Schriftenreihe des Parlaments kann man die dort vorgetragenen Analysen und Standpunkte nachlesen.

Bei der wiederkehrenden Aufgabe des Ausschusses, die Festlegung, Anpassung und Rechnungslegung der Haushaltspläne der Regierung federführend zu beraten, gab es im Berichtszeitraum einige Änderungen, die sich auf die Umsetzung der europäischen Haushaltsregeln bezogen. So wurde die Haushaltssimulation durch einen sogenannten mittelfristigen Haushaltsrahmen von mindestens drei Jahren und eine mehrjährige Finanzplanung ersetzt. Dies ist eine Erweiterung der bisherigen Simulation, ebenso wie die verpflichtend eingeführte Sensitivitätsanalyse, mit der Abweichungen bei Veränderungen der Zinsentwicklung dargestellt werden. Außerdem müssen nunmehr alle staatlichen Einrichtungen und Fonds, die nicht im Haushalt erfasst, aber Teil des Konsolidierungskreises der Gemeinschaft sind, einschließlich der Auswirkungen auf die Staatsschuld, aufgelistet werden.

Schließlich wurde festgehalten, dass der Hohe Finanzrat als unabhängige Stelle die Haushaltspläne überprüft.

Seine Aufgabe der inner- und außer-belgischen Zusammenarbeit hat der Ausschuss bei regelmäßigen Austausch mit der Regierung, den bera-

tenden Mandataren des Parlaments, die auf regionaler, föderaler und europäischer Ebene tätig sind, sowie bei gemeinsamen Sitzungen mit dem Wallonischen Regionalparlament und dem Flämischen Parlament wahrgenommen. Darüber hinaus haben die Parlamentsmitglieder, die die Deutschsprachige Gemeinschaft in Gremien und Institutionen vertreten, über dort besprochene Themen und Entwicklungen – beispielsweise im Bereich der Kohäsionspolitik – im Ausschuss berichtet.

Der Ausschuss befasste sich im Rahmen seiner Zuständigkeit für allgemeine Politik auch mit Themen, die nicht zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören. Ausgangspunkt hierfür waren jeweils Resolutionsvorschläge, mit denen an verschiedene Regierungs- und Parlamentsebenen Forderungen gerichtet wurden. Die teils umfangreichen Arbeiten des Ausschusses hierzu lassen sich u. a. an den in Abänderungsvorschlägen formulierten Präzisierungen bzw. Erweiterungen ablesen: So wurde aus den Resolutionsvorschlägen zum Erhalt des Eupener Bahnhofs und zur Problematik überfüllter TEC-Busse ein Resolutionsvorschlag für eine nach-

haltige Sicherung und Verbesserung der Angebote des öffentlichen Personenverkehrs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Mit dem Thema Mobilität verbunden war auch der Resolutionsvorschlag, mit dem sich der Ausschuss gegen die Infrastrukturabgabe für die Benutzung der Fernstraßen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – der sogenannten PKW-Maut – ausgesprochen hat. Nach den Resolutionen von 2013 und 2016 wurde auch das Thema der Atomenergie wieder aufgegriffen. Infolge der Erörterung vor allem der Problematik der Sicherheitsprüfungen legte der Ausschuss einen Resolutionsvorschlag vor, der die unverzügliche Schließung von Tihange 2 und Doel 3 fordert, da keine 100-prozentige Sicherheit der Anlagen gewährleistet sei.

Der Ausschuss beschäftigte sich noch mit einer Vielzahl weiterer Initiativen, wie an der unten stehenden Auflistung zu erkennen ist. U. a. übernahm er die Federführung bei den parlamentarischen Sitzungen zur neuen Standortmarke. Die Erläuterungen der Regierung sowie der Agentur Embassy und die Anhörung – potenziell – betroffener Einrichtungen fanden in gemeinsamen Sitzungen aller Ausschüsse statt.

Darüber hinaus sollten noch die Arbeiten des Ausschusses zum Bürgerdialog erwähnt werden. Bereits in der vorigen Sitzungsperiode hatten sie zu einer Öffnung von parlamentarischen Anhörungen für die Bürgerinnen und Bürger geführt. Eine entscheidende weitere Etappe wurde im Juni 2017 mit einem Präsidiumsbeschluss eingeleitet, mit dem ein konkretes Bürgerdialogs-Projekt zum Thema „Kinderbetreuung“ auf den Weg gebracht wurde.

## **Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2016-2017**

### **BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN**

#### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die

Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 130 (2015-2016) und (2016-2017)

- Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 11. Dezember 2014 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 5-3-HH2015 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2015 – Dokument 6-HH2015 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung der Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-2-HH2016 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 4-HH2017 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-1-HH2017 (2016-2017)

#### **Andere Dekretvorlagen**

- Dekretvorschlag zur Harmonisierung der Rechtsgrundlagen der beratenden Gremien in Bezug auf deren Beziehungen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 140 (2015-2016) und (2016-2017)
- Programmdekretvorschlag 2017 – Dokument 155 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 26. Juli 2007 in Kampala unterzeichneten Abkommens zwischen

der Republik Uganda und dem Königreich Belgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Kampala am 25. April 2014 – Dokument 165 (2016-2017)

- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit – Dokument 186 (2016-2017)

### **RESOLUTIONSVORSCHLÄGE**

- Resolutionsvorschlag für eine nachhaltige Sicherung und Verbesserung der Angebote des öffentlichen Personenverkehrs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokumente 127 (2015-2016) und 146 (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag an die föderalen Kammern zur Reform des Beschwerdeverfahrens in Bezug auf die Gültigkeitserklärung der föderalen Wahlen, der Gemeinschafts- und der Regionalwahlen – Dokument 137 (2015-2016) und (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Abschaltung der schadhafte Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 – Dokument 144 (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag bezüglich der Infrastrukturabgabe, die für die Benutzung der Fernstraßen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden soll – Dokument 159 (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag zur Einberufung einer Expertenkommission zwecks Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen bezüglich der Umsetzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010 oder SEC 2010) aufgrund der Sonderstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der neun deutschsprachigen Gemeinden – Dokument 170 (2016-2017)

- Resolutionsvorschlag an die Föderalen Kammern, die Föderalregierung, die Regierung der Wallonischen Region, das Parlament der Wallonischen Region, die Flämische Regierung, das Flämische Parlament sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abschaffung der zehn belgischen Provinzen und zur Aufteilung ihrer Zuständigkeiten – Dokument 177 (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Regierungen und Parlamente der Wallonischen, Flämischen und Brüsseler Region sowie die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Verbots von betäubungslosem Schächten und zur Erarbeitung einer für den Verbraucher einfach verständlichen, über die Art der Schlachtung Auskunft gebenden Kennzeichnung aller fleischenthaltenden Produkte – Dokument 178 (2016-2017)

#### **AKTIVITÄTEN IM RAHMEN DER AUSSENBEZIEHUNGEN**

- Bericht über die Bewertung der Zusammenarbeit zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Jahr 2015 und Programm der Zusammenarbeit für das Jahr 2016, erarbeitet unter Anwendung des Artikels 17 des Zusammenarbeitsabkommens vom 26. November 1998, geändert an Hand des Zusammenarbeitsabkommens vom 3. Juli 2008 – Dokument 38 (2016-2017)
- Jahresbericht der Regierung über Initiativen und Projekte im Bereich der Außenbeziehungen und aktueller mündlicher Bericht – Dokument 67 (2016-2017)
- Bericht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Zusammenarbeit mit Flandern während der Jahre 2016-2018 – Dokument 108 (2016-2017)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die

Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips – Dokument 131 (2015-2016) und (2016-2017)

- Berichte der Vertreter des Parlaments in Gremien und Institutionen mit Bezug zu den Außenbeziehungen
- Austausch mit regionalen und föderalen Abgeordneten sowie mit dem Mitglied des Europäischen Parlaments aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Parlaments der Wallonie und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 18. Mai 2017
- Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit des Flämischen Parlaments und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 16. Juni 2017

#### **STAATSREFORM UND AUTONOMIEENTWICKLUNG**

Kolloquium „Die Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und ihre Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft“ am 16. September 2016

## **AUSSCHUSS II FÜR KULTUR, LOKALE BEHÖRDEN, BESCHÄFTIGUNG UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG**

### **Rückblick**

Neben den alljährlichen Beratungen und Anhörungen zur zweiten Haushaltsanpassung des laufenden Jahres und Festlegung des neuen Haushaltsplans stand im Herbst 2016 der Dekretentwurf zur Anpassung des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung bezüglich der Gemeinderatswahlen im Mittelpunkt der Ausschussarbeit.

In zahlreichen Sitzungen wurde u. a. über die Einführung der automatisierten Wahl mit Papierbeleg, die Unwählbarkeit für Mitglieder der Regie-

kontinuierliche Arbeiten des Ausschusses u. a. mit Vertretern aus der Wissenschaft sowie des Wirtschafts- und Sozialrats zu Autonomieausbau und Staatsreform

### **VERSCHIEDENES**

- Regionales Entwicklungskonzept (Zweite Umsetzungsphase) – Fortschrittsbericht – Dokument 62 (2016-2017)
- Regierungsmitteilung zum Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Provinz Lüttich und der Bürgermeisterkonferenz der deutschsprachigen Gemeinden 2016-2018 – Dokument 134 (2015-2016)
- Entwicklung einer Standortmarke Ostbelgien für die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens – Dokument 172 (2016-2017)
- Jahresbericht des Ombudsmanns der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 176 (2016-2017)
- Dritter Bericht über die Auswirkungen der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt und die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Anpassung dieser Richtlinie gemäß Artikel 52 des Dienstleistungsdekretes vom 15. März 2010 – Dokument 181 (2016-2017)

rung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat und die Einführung des D'Hondtschen Systems zur Verteilung der Sitze im Gemeinderat diskutiert.

Ein weiteres umfangreiches Dekret betraf die Förderung des Tourismus. Durch den neuen Tourismuskodex werden alle bisherigen und neu übertragenen Befugnisse übersichtlich geregelt. Dazu zählen vor allem die Förderung der Akteure, die Anerkennung der Betriebe sowie die Bezuschussung besonderer und innovativer Initiativen.

Im Bereich Kultur befasste sich der Ausschuss mit zwei Dekretvorlagen: mit dem Dekretentwurf zum Schutz des beweglichen Kulturgutes von außerordentlicher Bedeutung und mit dem Dekretvorschlag zur Anpassung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen. Letzterer wird den Ausschuss auch in der kommenden Sitzungsperiode beschäftigen, wenn die Regierung ihren eigenen Dekretentwurf zur Anpassung des Denkmalschutzdekrets hinterlegen wird.

Auch im Bereich Beschäftigung war der Ausschuss tätig: So hat er das Dekret zur Vereinfachung des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen sowie zwei Zustimmungsdekrete bezüglich Arbeitsschutz und Zwangsarbeit verabschiedet. Zudem hat er die Räumlichkeiten des Arbeitsamts besichtigt und sich über die Aufgaben der Kontroll- und Vermittlungsdienste informiert.

Weitere Informationsbesuche fanden beim Jugendrat, im Kultur-, Konferenz- und Messezentrum St. Vith Triangel und im Sport- und Freizeitzentrum Worriken statt.

Über das Programmdekret 2017 wurde u. a. in das Kulturförderdekret ein neues Kapitel zur Literaturförderung eingeführt, das BRF-Dekret wurde angepasst, um die Zusammensetzung und Aufgaben des Direktionsrats dort zu verankern, und die Unvereinbarkeiten für die Mitglieder der Beschlusskammer des Medienrats wurden angepasst. Im April 2017 hatte der Ausschuss die Beschlusskammer zudem zu einer Anhörung eingeladen.

### **Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2016-2017**

#### **BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN**

##### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Aus-

gabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2016 – Dokument 5-2-HH2016 (2016-2017)

- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 4-HH2017 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-1-HH2017 (2016-2017)

##### **Andere Dekretvorlagen**

- Dekretentwurf zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung insbesondere in Bezug auf die Gemeinderatswahlen – Dokument 132 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Förderung des Tourismus – Dokument 147 (2016-2017)
- Programmdekretvorschlag 2017 – Dokument 155 (2016-2017)
- Dekretentwurf zum Schutz des beweglichen Kulturgutes von außerordentlicher Bedeutung – Dokument 158 (2016-2017)
- Dekretvorschlag zur Anpassung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen – Dokument 162 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Vereinfachung des Systems der lokalen Beschäftigungsagenturen – Dokument 163 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Übereinkommen Nr. 187 der internationalen Arbeitsorganisation über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz, geschehen zu Genf am 15. Juni 2006 – Dokument 179 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem in Genf am 11. Juni 2014 von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer hundertdritten Sit-

zung angenommenen Protokoll zum Übereinkommen über Zwangsarbeit – Dokument 180 (2016-2017)

#### **RESOLUTIONSVORSCHLÄGE**

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Entwicklung eines Konzepts zur Bekämpfung der unhaltbaren Zustände rund um den Bütgenbacher See – Dokument 141 (2015-2016)

#### **AUSSENBEZIEHUNGEN**

Gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Zusammenarbeit bzw. für lokale Behörden des Wallonischen Parlaments, des Flämischen Parlaments, des Parlaments Brüssel-Hauptstadt und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft

#### **VERSCHIEDENES**

##### **Haushalte und Tätigkeitsberichte**

- Haushaltsplan 2016/2017 des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft und Tätigkeitsbericht 2015
- Haushaltsplan 2016/2017 des Medienzentrums und Tätigkeitsbericht 2015
- Haushaltsplan 2016/2017 des BRF und Tätigkeitsbericht 2015
- Haushaltsplan 2016/2017 und Tätigkeiten des DGG Gemeinschaftszentren
- Jahresbericht 2016 zur Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 50 (2016-2017) Nr. 5
- Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Regionales Entwicklungskonzept (Zweite Umsetzungsphase) – Fortschrittsbericht – Dokument 62 (2016-2017) Nr. 6

##### **Anhörungen**

- Anhörung der Jugendinformationszentren – Dokument 175 (2016-2017)
- Vorstellung der Vermittlungsdienste des ADG
- Anhörung der Beschlusskammer des Medienrats – Dokument 185 (2016-2017)



- Vorstellung der Museumsförderung und des Sammlungsmanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung der Breitensportentwicklungsstudie

#### **Besuche und Besichtigungen**

- Besuch des Jugendrats und Vorstellung des Meinungsbarometers 2016-2017

- Besuch des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Vorstellung des Kontrolldiensts
- Besichtigung des Kultur-, Konferenz- und Messezentrums Triangel Sankt Vith
- Besichtigung des Sport- und Freizeitentrums Worriken

## **AUSSCHUSS III**

### **FÜR UNTERRICHT, AUSBILDUNG UND ERWACHSENENBILDUNG**

#### **Rückblick**

Im Herbst 2016 und im Frühjahr 2017 hat sich der Ausschuss mit den Dekreten zum Haushalt befasst – d. h. zweite Anpassung des Haushalts 2016, Festlegung des Haushalts 2017 und schließlich erste Anpassung des Haushalts 2017.

Daneben wurden dem Ausschuss mehrere Projekte und Einrichtungen vorgestellt. Dazu gehörten u. a. die Reform der Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger an der Autonomen Hochschule (AHS), die Initiative „Schule im Aufbruch“, die Gemeinsame Grundschule Bütgenbach, in der Regelschulkinder und Kinder mit Förderbedarf gemeinsam in den Klassen unterrichtet werden, oder das auf den Kindergarten zugeschnittene Programm PAPILIO zur Sucht- und Gewaltprävention.

Darüber hinaus wurden verschiedene Studienergebnisse und Berichte präsentiert. An dieser Stelle seien die Ergebnisse der DELF-Tests zur Zertifizierung der Französischkenntnisse, die Resultate der PISA-Studie, der Abschlussbericht zum bilingualen Kindergarten Kelmis und der Bericht zu den Sprachstandserhebungen im dritten Kindergartenjahr sowie im dritten und sechsten Primarschuljahr erwähnt.

Im Juni hat der Ausschuss an der Zukunftskonferenz der dualen Ausbildung teilgenommen, die anlässlich des 25. Jahrestags der Gründung des

IAWM und des ZAWM St. Vith organisiert wurde. Auf dem Programm standen neben zwei Impulsreferaten auch verschiedene Workshops und eine abschließende Talkrunde.

Der Ausschuss verabschiedete des Weiteren einen Resolutionsvorschlag mit dem Ziel, die Mehrsprachigkeit in Ostbelgien zu fördern. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass insbesondere die Französischkenntnisse bei den Schülern und Auszubildenden stark nachgelassen haben.

Schließlich beriet der Ausschuss über vier Dekretvorlagen. Das Programmdekret 2017 beinhaltet zwei Neuerungen in Bezug auf Kaleido Ostbelgien: Erstens sollen die beiden Koordinationsbereiche Psychologie und Sozialwissenschaften zum Koordinationsbereich „Psychosoziale Entwicklung“ verschmolzen werden und zweitens soll es künftig möglich sein, dass zwei Zweigstellen von ein und derselben Person geleitet werden und es somit nur noch drei statt vier Zweigstellenleiter gibt.

Die Schwerpunkte des Dekrets über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017 liegen einerseits auf der Definition dienstrechtlicher Rahmenbedingungen für die in den Förderschulen tätigen förderpädagogischen Koordinatoren und andererseits auf der Umsetzung der aktualisierten EU-Richtlinie in Bezug auf die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Unterrichtswesen. Darüber hinaus

enthält es zahlreiche technische Anpassungen, beispielsweise mit Bezug zu Kaleido Ostbelgien.

Das Dekret zur Beschulung von erstankommenden Schülern soll dafür sorgen, dass für alle Schüler ab fünf Jahren, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnen und die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen, Sprachlernklassen oder Sprachlernkurse organisiert werden.

Und das Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen von Paris hat zum Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2050 um bis zu 95% zu reduzieren. So soll die weltweite Durchschnittstemperatur auf weniger als 2 °C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden.

#### **Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2015-2016**

#### **BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN**

##### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2016 – Dokument 5-2-HH2016 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen

Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 4-HH2017 (2016-2017)

- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-1-HH2017 (2016-2017)

#### **Andere Dekretvorlagen**

- Programmdekretvorschlag 2017 – Dokument 155 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Zustimmung zu dem Übereinkommen von Paris, geschlossen zu Paris am 12. Dezember 2015 – Dokument 171 (2016-2017)
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017 – Dokument 182 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Beschulung von erstankommenden Schülern – Dokument 192 (2016-2017)

#### **RESOLUTIONSVORSCHLÄGE**

Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Förderung der Mehrsprachigkeit mit Vorrang für die drei Landessprachen – Dokument 166 (2016-2017)

#### **VERSCHIEDENES**

##### **Haushalte und Tätigkeitsberichte**

- Haushaltsplan 2016/2017 des DGG Service und Logistik und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2016/2017 der Autonomen Hochschule und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2016/2017 von Kaleido Ostbelgien und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2016/2017 des IAWM und Tätigkeitsbericht 2016
- Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Regionales Entwicklungskonzept (Zweite Umsetzungsphase) – Fortschrittsbericht – Dokument 62 (2016-2017) Nr. 6

#### **Anhörungen**

- Vorstellung des Fachbereichs Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften der AHS und der verlängerten Krankenpflegeausbildung
- Vorstellung der Erwachsenenbildungseinrichtungen Zeitkreis und AVES Ostkantone
- Vorstellung der Entwicklung der Schülerzahlen 2016-2017
- Vorstellung der Ergebnisse der DELF-Studie
- Vorstellung der Initiative „Schule im Aufbruch“ durch Vertreter des regionalen Büros Rheinland im Bildungswerk Aachen
- Vorstellung der Ergebnisse der PISA-Studie
- Vorstellung der Ergebnisse der vom Rat der deutschsprachigen Jugend durchgeführten Umfrage zum Thema Bürgerkunde in der Sekundarschule und der daraufhin erstellten Broschüre „Fit fürs Leben?!“
- Berichterstattung zum Treffen zwischen Kabinettsmitarbeitern des wallonischen Mobilitätsministers Di Antonio, Vertretern der TEC sowie der Kabinettschefin des Unterrichtsministers, dem Kabinettschef des Ministerpräsidenten und dem Leiter des Fachbereichs Ausbildung und Unterrichtsorganisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die überladenen Busse der TEC zu Beginn jedes Schuljahrs

## **AUSSCHUSS IV FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT**

#### **Rückblick**

Der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales befasste sich im Laufe der Sitzungsperiode 2016-2017 mit mannigfaltigen Dekretinitiativen, Resolutionsvorschlägen und Themen.

Von hoher Bedeutung waren die Beratungen über den Dekretentwurf zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben. Zielsetzung

- Vorstellung der Ergebnisse der CAP48-Studie zur Integration von Kindern mit einer Beeinträchtigung in Regelschulen
- Anhörung der Erwachsenenbildungsorganisation „Die Raupe VoG“ in Bezug auf die Streichung der Fördergelder
- Vorstellung des Abschlussberichts zum Pilotprojekt bilingualer Kindergärten Kelmis
- Vorstellung der Ergebnisse der von der Regierung in Auftrag gegebenen Erhebung der Deutschkenntnisse der Kinder im dritten Kindergartenjahr, dritten Primarschuljahr und sechsten Primarschuljahr
- Vorstellung des Webportals „Deutsch als Zweitsprache“
- Vorstellung des Konzepts Eltern-Kind-Bildung von Kaleido Ostbelgien
- Vorstellung des Programms PAPI-LIO zur Sucht- und Gewaltprävention

#### **Besuche und Besichtigungen**

- Hospitation in einer Sprachklasse für erstankommende Schüler am RSI Eupen
- Besuch der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach
- Teilnahme an der Zukunftskonferenz der dualen Ausbildung des IAWM und des ZAWM St. Vith

des Dekretentwurf war es, die Angebote der Dienststelle für Personen mit Behinderung und der Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe – d. h. der VoG Eudomos-Ihr häuslicher Begleitdienst – unter Einbeziehung von Zuständigkeiten, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft infolge der sechsten Staatsreform übertragen wurden, in einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben zu bündeln.

So sollen Synergie- und Skaleneffekte erzielt werden, die sich positiv auf die Dienstleistungen zugunsten der Nutznießer auswirken. Das betreffende Dekret wurde vom Parlament in seiner Sitzung vom 13. Dezember 2016 verabschiedet.

Auf dekretaler Ebene widmete sich der Ausschuss zudem einem Dekretentwurf über die Hilfe und die spezialisierte Hilfe für Opfer infolge einer Viktimisierung durch eine Straftat sowie zwei Dekretentwürfen zur Billigung von Kooperationsabkommen zu Familienleistungen.

Mit dem Programmdekretvorschlag 2017, den der Ausschuss betreffend seine Zuständigkeiten behandelte, wurden u. a. neue Maßnahmen im Gesundheits- und Jugendhilfebereich eingeführt, Lokale Gremien für Senioreninteressen geschaffen und den Alten- und Pflegeheimen ein jährlicher Pauschalzuschuss für Mobilitätshilfen gewährt.

Ferner nahm der Ausschuss während der Sitzungsperiode 2016-2017 im Hinblick auf seine Zuständigkeiten Stellung zur zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2016 sowie zur Festlegung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2017 und zur ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2017.

Zwei Resolutionsvorschläge beschäftigten den Ausschuss 2016-2017:

- zum einen der Resolutionsvorschlag bezüglich der Verbesserung der Aufklärung für Verbraucher über Zusatzstoffe in der Nahrung und der Schaffung von bindenden Regeln zur Nutzung dieser Stoffe sowie der Einführung von verbraucherfreundlichen Etikettierungen für Lebensmittelprodukte, die sich an mehrere nationale und internationale Adressaten richtete,
- sowie zum anderen der Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet (IZOM-Nachfolgeregelung).

Die Erörterung eines letztlich abgelehnten Beschlussvorschlags zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Parlament in Bezug auf die von der Regierung beschlossene Beendigung der Zusammenarbeit mit der VoG Oikos stand ebenfalls auf der Tagesordnung des Ausschusses.

Zahlreiche Gäste empfing der Ausschuss, um sich über den Fortschritt bestimmter Projekte im Gesundheits- und Sozialbereich zu informieren.

So wurden dem Ausschuss

- die Endberichte der Arbeitsgruppen „Integrationsparcours“ und „Justiz“ sowie zum Pilotprojekt „Senioren-dorfhaus Schönberg“;
- die Demenzstrategie für die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- die Angebote für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Ergebnisse des dritten Jugendhilfeforums „Jugendhilfe und Schule gemeinsam auf Kurs“;
- das Bewertungs- und Planungssystem BelRAI als Instrument zur Einschätzung des medizinischen, funktionellen und psychosozialen Bedarfs von Personen mit einem Pflegebedarf,
- die Belfius-Studie zur finanziellen Situation der Allgemeinkrankenhäuser in Belgien sowie
- das neue Konzept zur Gewährung von Mobilitätshilfen

vorgelegt.

Ferner stellten Verantwortliche des Dienstes zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung dem Ausschuss den kurz zuvor veröffentlichten Zweijahresbericht 2014-2015 zum Thema „Öffentlicher Dienst und Armut“ vor.

Wie im Vorjahr gehörten in der Sitzungsperiode 2016-2017 auch monatliche Regierungskontrollen, bei denen aktuelle Fragen und Interpellationen betreffend den Sozial- und Gesundheitsbereich an die Regierung gerichtet werden konnten, erneut zu den Aufgaben des Ausschusses.

## **Tätigkeiten von Ausschuss IV für Soziales und Gesundheit in der Sitzungsperiode 2016-2017**

### **BEHANDELTE DEKRETVORLAGEN**

#### **Dekretentwürfe zum Haushalt**

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2016 – Dokument 5-2-HH2016 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 4-HH2017 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-1-HH2017 (2016-2017)

#### **Andere Dekretvorlagen**

- Dekretentwurf über die Opferhilfe und die spezialisierte Opferhilfe – Dokument 136 (2015-2016)
- Dekretentwurf zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben – Dokument 148 (2016-2017)
- Programmdekretvorschlag 2017 – Dokument 155 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu ar-

beiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten – Dokument 188 (2016-2017)

- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Feststellung der Angliederungsfaktoren zur Feststellung des persönlichen Anwendungsgebiets der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen der Gebietskörperschaften, der Haushaltsgestaltung und der Anlastung der für die Gebietskörperschaften gezahlten Familienleistungen und der tatsächlichen Anwendung von gemeinsamen, durch den Verwaltungsausschuss von FAMIFED vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen – Dokument 189 (2016-2017)

### RESOLUTIONSVORSCHLÄGE

- Resolutionsvorschlag an die föderale Abgeordnetenversammlung, die Föderalregierung, das EU-Parlament, die EU-Kommission, den EU-Ministerrat, den deutschen Bundestag, das Parlament Luxemburgs und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Verbesserung der Aufklärung für Verbraucher über Zusatzstoffe in der Nahrung und der Schaffung von verbindlichen Regeln zur Nutzung dieser Stoffe sowie der Einführung von verbraucherfreundlichen Etikettierungen für Lebensmittelprodukte – Dokument 142 (2015-2016)
- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zukunft eines erleichterten Zugangs zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im belgisch-deutschen Grenzgebiet – Dokument 161 (2016-2017)<sup>2</sup>

### VERSCHIEDENES

- Beschlussvorschlag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Parlament der Deutschsprachi-

gen Gemeinschaft – Dokument 145 (2016-2017)

- Sitzung aller Ausschüsse: Vorstellung des Tätigkeitsberichts des Interföderalen Zentrums für Chancengleichheit (UNIA) für das Jahr 2015 durch dessen Direktion im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse (federführend: Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales)

### HAUSHALTE UND TÄTIGKEITSBERICHTE

- Anhörung der Dienststelle für Personen mit Behinderung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2017, Anmerkungen der DPB zum Verlauf des Haushaltsplans für das Jahr 2016, Vorstellung des Haushaltsplans der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben für das Jahr 2017
- Zweijahresbericht 2014-2015 „Öffentlicher Dienst und Armut“, Vorstellung des Berichts durch den Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung

### ANHÖRUNGEN

- Vorstellung des Endberichts der Arbeitsgruppe „Integrationsparcours“
- Vorstellung der Demenzstrategie für die Deutschsprachige Gemeinschaft
- Vorstellung des Endberichts der Arbeitsgruppe „Justiz“
- Vorstellung des Endberichts zum Pilotprojekt „Seniorenwohnheim Schönberg“
- Vorstellung der Angebote für Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung der Ergebnisse des dritten Jugendhilfeforums „Jugendhilfe und Schule gemeinsam auf Kurs – Perspektiven schaffen für uns und die Kinder“
- Vorstellung des Bewertungs- und Planungssystems BelRAI als Instrument zur Einschätzung des medizinischen, funktionellen und psychosozialen Bedarfs von Personen mit einem Pflegebedarf durch den föderalen Projektmanager

- Vorstellung der BELFIUS-Studie zur finanziellen Situation der Allgemeinkrankenhäuser in Belgien
- Vorstellung des Konzepts zur Gewährung von Mobilitätshilfen

## AUSSCHUSS V ZUR KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN UND DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Der Ausschuss hat in der Sitzungsperiode 2016-2017 nicht getagt.

<sup>2</sup> Titel des Ursprungsdokuments: Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Zukunft des IZOM-Abkommens.



## BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeit im Herbst 2014 setzen sich die Ausschüsse abseits des tagespolitischen Geschäfts, aber dennoch im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, fundiert mit Themen von gesellschaftspolitischer Relevanz für die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. ihre Bürgerinnen und Bürger auseinander. Die Ausschüsse legen dabei eine eigene Herangehensweise fest, die teilweise sehr unterschiedlich ausfällt. Das Spektrum zieht sich von der klassischen Anhörung über Vortragsveranstaltungen bis hin zum Schülerwettbewerb. Wichtig ist bei jeder Form die Beteiligung der Bürger. So blicken die Parlamentsmitglieder im Rahmen der Behandlung von gesellschaftspolitischen Themen nicht nur über den Tellerrand, sondern öffnen ihre Arbeit auch zunehmend der Zivilgesellschaft.

### **Ausschuss I: Sparpolitik und Investitionskapazität**

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich der Ausschuss zunächst auf die Auswertung der im Juni 2016 stattgefundenen umfassenden Anhörungen zum Thema, die für eine neue Rubrik der Website des Parlaments aufbereitet wurden.

Im Februar 2017 organisierte er eine weitere öffentliche Sitzung: Diesmal war es an der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ihre Strategien und Instrumente für die Investitionspolitik unter Berücksichtigung der europäischen Haushaltsregeln zu erläutern. Zu dieser Anhörung lud der Ausschuss explizit die Gemeinden und weitere Einrichtungen ein, die zum sogenannten Konsolidierungskreis der Deutschsprachigen Gemeinschaft – d. h. ihre Haushaltszahlen fließen in die öffentliche Schuld ein – gehören.

Aufgrund der Relevanz für die zukünftige Ausgestaltung öffentlicher Investitionspolitik hat der Ausschuss beschlossen, die Ausführungen bei den



*Die Vertreter der lokalen Währungen*

verschiedenen Anhörungen in einem Band der Schriftenreihe des Parlaments zu veröffentlichen. Darin werden auch die Schlussfolgerungen des Ausschusses nachzulesen sein, die er aus den umfangreichen Arbeiten zieht.

Nach Abschluss dieser Arbeiten wird der Ausschuss sich auf ein nächstes für die Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft relevantes Thema festlegen, das er – abseits des tagespolitischen Geschäfts – wiederum fundiert beleuchten wird.

### **Ausschuss II: Wachstum und Beschäftigung**

Im Frühjahr 2016 hatten Norbert Nicoll und Peter De Keyzer ihre Ansichten zum Thema Wachstum und seine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im Parlament dargelegt. Im Herbst 2016 hat der Ausschuss dann in zwei getrennten Anhörungen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter mit den Aussagen der zwei Referenten konfrontiert.

Diskutiert wurde über Herausforderungen für die hiesigen Betriebe und den Arbeitsmarkt: Automatisierung und Digitalisierung von Arbeitsplät-

zen, Grenzen des Wachstums, Fachkräftemangel etc. Zahlreiche Forderungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter liegen nicht im Wirkungsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft, doch auch sie könne verschiedene Hebel betätigen, um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt für die Zukunft zu rüsten: Verbesserung der allgemeinen und sprachlichen Bildung, Verbesserung der Stellenvermittlung, Förderung der Standortvermarktung, Förderung sozialer Kompetenzen durch das Angebot außerschulischer Aktivitäten etc.

Nach einigen Diskussionen im Ausschuss verständigten sich die Mitglieder darüber, dass sie sich auf Grundlage der Erkenntnisse aus den Vorträgen und Anhörungen zwar vielleicht nicht in der grundsätzlichen Frage einig werden, ob Wachstum künftig abnehmen wird und wie wir unsere Wirtschaft und den Arbeitsmarkt darauf vorbereiten müssen. Jedoch waren sie einer Meinung, dass aufgrund von Veränderungen an der weltwirtschaftlichen Situation eine stärkere Orientierung in Richtung Regionalität mit der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu begrüßen ist. Der Ausschuss beschloss, die Aspekte Regionalwirtschaft verknüpft mit Regio-

nalwährungen und Kreislaufwirtschaft vertieft unter die Lupe zu nehmen.

Am 20. Juni 2017 hörte er Vertreter der Lokalwährungen „Sous-rire“ (Malmedy, Weismes, Stavelot, Stoumont, Trois-Ponts, Lierneux, Vielsalm) und „Valeureux“ (Lüttich) sowie des Netzwerks „Financité“ an. In der öffentlichen Sitzung informierten die Gäste über die Funktionsweise ihrer Lokalwährungen, über die weitere Entwicklung und wie die Politik die von Bürgern initiierten Projekte unterstützen kann.

Weiter plant der Ausschuss im September 2017 eine Studienfahrt nach Luxemburg. Ziel sind die beiden Gemeinden Beckerich und Wiltz. Beckerich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 energieautark zu sein. Die zahlreichen Energieprojekte tragen aber nicht nur zu diesem vorrangigen Ziel bei, sondern unterstützen gleichzeitig die lokale Wirtschaft. Wiltz gilt wiederum als Modellregion für Kreislaufwirtschaft. Der Ausschuss erhofft sich durch den Besuch, Erkenntnisse für die künftige Politik in Ostbelgien ziehen zu können.

### **Ausschuss III: Gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert**

#### **Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung**

Anlässlich des Weltlehrertags organisierte der Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule und dem Kabinett des Unterrichtsministers am 5. Oktober 2016 die Veranstaltung „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“.

Sie war vor allem als Diskussionsnachmittag mit dem Publikum angelegt, das im Wesentlichen aus Schulleitern und Lehrern, aber auch Eltern und anderen Interessenten bestand.

Im Vorfeld der Diskussion gab es zwei Impulsreferate. Nico Hirtt, Forschungsbeauftragter für die Denkgruppe «Appel pour une école démocratique – Aped» (Aufruf für eine demokratische Schule) referierte zum Thema „In einer Demokratie ist Bildung nicht (nur) ein Recht. Sie ist eine Pflicht“. Er

zeigte auf, dass sich der Bildungsauftrag der Schule im Laufe der Jahrhunderte zwar stark gewandelt hat, das Ziel aber immer das Gleiche geblieben ist: die Aufrechterhaltung der Reproduktionsbedingungen der bestehenden Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der sozialen, kulturellen und ökologischen Katastrophen, auf die die Gesellschaft zu steuert, sollte der Auftrag aber nun neu definiert werden: Die Schüler sollen lernen, sich bilden, denn nur so können sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und die Welt zu einem wirklich demokratischen Ort machen. Und um dies zu ermöglichen, muss die Politik eine breite allgemeine und technische Ausbildung für alle ohne verfrühte Selektion gewährleisten.

Die zweite Referentin war Andrea Szukala, Professorin für Fachdidaktik



*Andrea Szukala*

der Sozialwissenschaften an der Universität Münster. Sie widmete sich dem Thema „Wertebildung in der multikulturellen Gesellschaft: (K)eine Aufgabe der Schule?“. Sie wies darauf hin, dass in der Schule unter dem Eindruck der terroristischen Attentate nach Werten des Gemeinsamen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesucht werde, um so der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Nun ist die postmoderne Gesellschaft von Subjektivierung und Individualisierung geprägt. Toleranz wird vor allem gegenüber Andersartigkeit eingefordert. Dabei ist allerdings nicht klar, von wem diese Toleranz erwartet wird. Es gibt nämlich kein großes Ganzes, das diesen Andersartigkeiten gegenüberstehen würde. Eine Werteerziehung im Sinne einer gefühlten „Leitkultur“, wie sie von einigen Gruppen gewünscht wird, ist demnach rückwärtsgewandt und hat keine Legitimation.

Um trotzdem das Erleben eines „Gemeinsamen“ zu ermöglichen, muss die Schule nach Ansicht von Frau Szukala der Vielfalt Raum und der frühen Differenzierung in unterschiedliche Bildungstypen Einhalt bieten.

Bei der nachfolgenden Diskussion mit dem Publikum wurde darauf hingewiesen, dass die Schule gewisse Werte wie Solidarität und Zusammenarbeit vermitteln soll und kann, indem sie die Beteiligung der Schüler an schulinternen Prozessen verbessert.

Im Grunde aber soll es nicht ihre Aufgabe sein, Werte einzupflegen. Sie sollte den Schülern vielmehr dabei helfen, sich zu kritischen Bürgern zu entwickeln. Statt Werte sollten daher eher Haltungen vermittelt werden.

Ein anderer Schwerpunkt der Diskussion bezog sich auf die Beziehung zwischen Schule und Gesellschaft. Dass die Schule gesellschaftlichen Entwicklungen oft nicht folgen kann, wurde von den Referenten nicht als negativ bewertet. Die Schule sollte sich im Gegenteil diesen Entwicklungen manchmal widersetzen – beispielsweise, wenn sie die vermehrte soziale Ungleichheit in Gesellschaft und Schule betreffen.

Ganz unabhängig vom gesellschaftspolitischen Thema wird es auch im Jahr 2017 und voraussichtlich erneut

im Jahr 2018 eine Veranstaltung zum Weltlehrrerntag geben.

### **Vorstellung der Lehrerkrankenstatistik 2015/2016**

Ebenfalls in den Kontext des gesellschaftspolitischen Themas einbetten lässt sich die Vorstellung der Lehrerkrankenstatistik 2015/2016 durch die Amtsärztin der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ihre Untersuchungen haben ergeben, dass der Krankenstand sich seit den letzten Jahren kaum verändert hat und mit 2,72% sehr gering ist. Sie hob hervor, dass mit 43,3% fast die Hälfte der Personalmitglieder im Schuljahr 2015/2016 keinen einzigen Tag krankheitsbedingt ausgefallen ist.

Sie wies aber auch darauf hin, dass der Krankenstand und die Betroffen-

heitsquote im Förderschulwesen mit 4,07% bzw. 70,8% viel höher sind, wobei die Gründe dafür noch im Unklaren liegen.

Diese Zahlen lassen sich jedoch durch einen Vergleich mit der Privatwirtschaft relativieren: Dort beträgt der Krankenstand zwischen drei und vier Prozent und liegt damit etwa auf gleicher Höhe wie im Förderschulwesen. In der Verwaltung ist der Krankenstand mit fünf bis sieben Prozent sogar noch höher.

### **Ausschuss IV: Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen**

In der Sitzungsperiode 2016-2017 führte der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales seine in der vorangegangenen Sitzungsperiode aufge-

nommenen Arbeiten zu dem von ihm gewählten gesellschaftspolitischen Thema „Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen“ fort. Mit der Vorstellung des neuen Gesundheitsförderungskonzepts für die Deutschsprachige Gemeinschaft durch die Regierung und das federführenden Ministerium, seiner Erörterung sowie einem Fazit zu seinen Arbeiten schloss der Ausschuss das gesellschaftspolitische Thema im Juni 2017 ab.

Die Arbeiten werden voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2017 im Rahmen der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens veröffentlicht.

# REGIERUNGSKONTROLLE

## ALLGEMEINES

Die Beziehung des Parlaments zur Regierung wird im Laufe der Sitzungsperiode neben dem Informationsaustausch und den Debatten rund um Dekrettexte vor allen Dingen durch die Kontrolltätigkeit des Parlaments geprägt, die einen elementaren Bestandteil der parlamentarischen Demokratie darstellt. Die Regierungsmitglieder können von den Parlamentariern jederzeit befragt werden. Hierzu verfügen sie über verschiedene Instrumente, Interpellationen, begründete Anträge sowie mündliche und schriftliche Fragen.

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurde die Kontrollfunktion in die Ausschüsse verlagert: Themendebatten, Interpellationen und mündliche Fragen werden grundsätzlich in den zuständigen Fachausschüssen einmal im Monat in öffentlicher Sitzung behandelt. Im Rahmen der Geschäftsordnung organisieren die Ausschüsse die entsprechenden Aussprachen autonom. Diese Sitzungen sind öffentlich. Die Berichterstattung erfolgt über die Presse und den Offenen Kanal Ostbelgien. Die Sitzungen sind auch

über das Internet im Livestream zu sehen und können auch noch zu einem späteren Zeitpunkt auf der Website des Parlaments abgerufen werden.

Die Regierungskontrolle findet nur dann im Plenum statt, wenn es ein themenübergreifendes Interesse gibt oder das Thema von größerer Bedeutung ist. Die Entscheidung darüber trifft das Präsidium. Allerdings kann auch eine qualifizierte Minderheit von mindestens 7 Parlamentariern eine Behandlung im Plenum durchsetzen.

## INTERPELLATIONEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, ein oder mehrere Mitglieder der Regierung im Rahmen einer Interpellation dazu aufzufordern, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts sowie konkreter Aspekte der Regierungspolitik, die im direkten Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen und von allgemeiner Tragweite sind, zu rechtfertigen.“

[Artikel 86 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 20. Mai 2016]

Interpellationen werden grundsätzlich im zuständigen Ausschuss behandelt und nur in Ausnahmefällen in der Plenarsitzung.

Insgesamt 12 Interpellationen wurden in der vergangenen Sitzungsperiode debattiert, alle in öffentlichen Ausschüssen.

Die diesbezüglichen ausführlichen Debatten können im Bulletin der Interpellationen und Fragen nachgelesen werden, das das Parlament in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

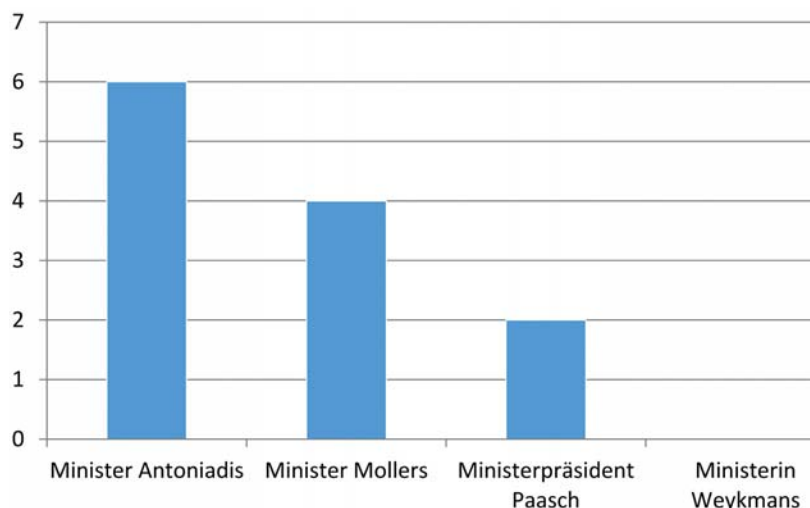
Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF* Nr.
03.10.2016	F. Mockel	ECOLO	Anstehende Unterzeichnung des Freihandelsabkommens CETA	Paasch	AI	24
10.11.2016	G. Freches	PFF	Achtsamkeit im Unterrichtswesen	Mollers	AIII	25
10.11.2016	F. Franzen	ECOLO	Anforderungen an Primarschullehrer	Mollers	AIII	25
07.12.2016	Ch. Servaty	SP	Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Föderalregierung auf die Krankenhäuser der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	26
08.12.2016	F. Franzen	ECOLO	Konzept „Gutes Personal für gute Schulen“	Mollers	AIII	26



11.01.2017	F. Franzen	ECOLO	Soziale Treffpunkte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	27
11.01.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Armutssituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	27
08.02.2017	E. Jadin	PFF	Übertragung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau an die Deutschsprachige Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	28
12.04.2017	C. Servaty	SP	Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	30
11.05.2017	P. Schmitz	ProDG	Kulturelle Bildung im Unterrichtswesen	Mollers	AIII	31
07.06.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Dreiland-Jugendhilfe VoG	Antoniadis	AIV	32
11.09.2017	K.-H. Lambertz	SP	Übertragung der Ausübung regionaler Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft in Anwendung von Artikel 139 der Verfassung	Paasch	AI	

\*BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	Pro Fraktion
CSP	Antoniadis (SP)	1
ECOLO	Paasch (ProDG)	1
ECOLO	Antoniadis (SP)	1
ECOLO	Mollers (ProDG)	2
ProDG	Antoniadis (SP)	1
ProDG	Mollers (ProDG)	1
PFF	Antoniadis (SP)	1
PFF	Mollers (ProDG)	1
SP	Antoniadis (SP)	2
	Paasch (ProDG)	1
<b>Total</b>		<b>12</b>



## BEGRÜNDETE ANTRÄGE

Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, im Anschluss an eine Stellungnahme der Regierung einen begründeten Antrag einzureichen, um die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder zu billigen, zu missbilligen oder eine Empfehlung auszusprechen. In der Sitzungsperiode 2016-2017 wurden keine begründeten Anträge eingereicht.

## FRAGEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, einem Mitglied der Regierung eine Frage zu stellen, um Auskünfte bezüglich eines präzisen Sachverhalts im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder bezüglich konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu erhalten.“ [vgl. Artikel 83 §1, 84 §1 und 85 §1 der Geschäfts-

ordnung des Parlaments vom 30. Mai 2016]

Handelt es sich dabei um ausführliche Auskünfte, reicht der Abgeordnete eine schriftliche Frage ein. Bei kurzen Auskünften stellen mündliche Fragen das geeignete Instrument dar. Liegt der hinterfragte Sachverhalt nur einige Stunden zurück, kann das

Parlamentsmitglied eine dringende mündliche Frage stellen.

Die Frage und die jeweilige Antwort sind nachzulesen in den verschiedenen Ausgaben des „Bulletin der Interpellationen und Fragen“. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

## MÜNDLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2016-2017 wurden insgesamt 189 mündliche Fragen gestellt, davon lediglich 3 in Plenarsitzungen und 186 in öffentlichen Ausschüssen zur Regierungskontrolle.

Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
03.10.2016	F. Mockel	ECOLO	Sprechstunden des Ministerpräsidenten	Paasch	AI	24
03.10.2016	F. Mockel	ECOLO	Marketingstudie zur Bezeichnung „Ostbelgien“	Paasch	AI	24
04.10.2016	G. Freches	PFF	Audit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft	Weykmans	AII	24
05.10.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Ausbildung zum Kinderbetreuer	Antoniadis	AIV	24
05.10.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge	Antoniadis	AIV	24
05.10.2016	E. Jadin	PFF	Schaffung einer neuen Kinderkrippe im Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	24
05.10.2016	C. Servaty	SP	Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	24
05.10.2016	M. Balter	VIVANT	Sogenannte Gesundheitsbuddys	Antoniadis	AIV	24
06.10.2016	G. Freches	PFF	Ausländische Modelle der Lehrerbildung	Mollers	AIII	24
06.10.2016	G. Freches	PFF	E-Commerce als Ausbildungsfach	Mollers	AIII	24
06.10.2016	F. Franzen	ECOLO	Zufriedenheit der Sekundarschullehrer	Mollers	AIII	24
06.10.2016	F. Franzen	ECOLO	Integration in Sekundarschulen	Mollers	AIII	24
06.10.2016	F. Franzen	ECOLO	Ernennung von Schulleitern	Mollers	AIII	24
06.10.2016	K. Neycken-Bartholemy	SP	Vermittlung von Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	24
06.10.2016	A. Mertes	VIVANT	Überfüllte Busverbindungen auf der Linie 401	Mollers	AIII	24
07.11.2016	K-H Lambertz	SP	Auswirkungen der umstrittenen deutschen PKW-Maut	Paasch	PL	25 d
08.11.2016	F. Mockel	ECOLO	Mögliche krebserregende Stoffe in Kunstrasenplätzen	Weykmans	AII	25
08.11.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Krebsrisiko durch die Nutzung von Kunstrasenplätzen	Weykmans	AII	25
08.11.2016	M. Braem	CSP	Ausgleichszahlungen an die Gemeinden	Weykmans	AII	25
08.11.2016	M. Strougmayr	SP	Anpassungen der Regelungen betreffend die Kompensationszahlungen im Bereich des Immobiliensteuervorabzugs	Weykmans	AII	25
09.11.2016	R. Nelles	CSP	Auswirkungen der Sparmaßnahmen der Föderalregierung auf die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	R. Nelles	CSP	Vorbeugende Verteilung von Jodtabletten	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	R. Nelles	CSP	Radonwerte in den Haushalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	F. Franzen	ECOLO	Unterstützung von pflegenden Angehörigen	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	L. Scholzen	ProDG	Betreuungskonzept für Menschen mit einer neurologischen Schädigung und einer körperlichen Beeinträchtigung	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	L. Klinkenberg	ProDG	Seniorenwohnheim in Schönberg	Antoniadis	AIV	25
09.11.2016	C. Servaty	SP	Neue Pläne der Föderalregierung zur Verteilung von Jodtabletten	Antoniadis	AIV	25
10.11.2016	G. Freches	PFF	Direktorenstelle bei Kaleido-DG	Mollers	AIII	25
10.11.2016	P. Schmitz	ProDG	Mobbing bzw. Cybermobbing in der Schule	Mollers	AIII	25
10.11.2016	K. Neycken-Bartholemy	SP	Einführung einer Aufnahmeprüfung an den Medizinfakultäten im französischen Sprachgebiet	Mollers	AIII	25
10.11.2016	K. Neycken-Bartholemy	SP	Drogenprävention in den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	25
05.12.2016	A. Velz	ProDG	Hypothekenamt für das Gebiet deutscher Sprache	Paasch	AI	26

05.12.2016	K.-H. Lambertz	SP	Neue Erkenntnisse bezüglich der umstrittenen deutschen LKW-Maut	Paasch	AI	26 d
06.12.2016	F. Mockel	ECOLO	Zukunft des BVA-Systems	Weykmans	AII	26
06.12.2016	F. Mockel	ECOLO	Ansiedlung der Stiftung Christian Silvain	Weykmans	AII	26
06.12.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Kampagne "Parents Fair Play"	Weykmans	AII	26
06.12.2016	M. Strougmayr	SP	Verbot von Steuern auf Sendemaste und Antennen	Weykmans	AII	26
07.12.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Sensibilisierung in Sachen Zuckerkonsum in Schulen	Antoniadis	AIV	26
07.12.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Gewalt gegen Frauen	Antoniadis	AIV	26
07.12.2016	E. Jadin	PFF	HIV-Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	26
07.12.2016	E. Jadin	PFF	Begegnungsprojekt für Jung und Alt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	26
07.12.2016	L. Scholzen	ProDG	Demenzstrategie	Antoniadis	AIV	26
07.12.2016	C. Servaty	SP	Zukunft der Sozialökonomie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	26
08.12.2016	G. Freches	PFF	Zugang zu Internet in den Schulen	Mollers	AIII	26
08.12.2016	G. Freches	PFF	115 nicht besetzte Ausbildungsplätze	Mollers	AIII	26
08.12.2016	F. Franzen	ECOLO	Administrativer Aufwand für die Organisationen der Erwachsenenbildung	Mollers	AIII	26
08.12.2016	F. Franzen	ECOLO	Zukunftskonferenz im Bereich Förderpädagogik	Mollers	AIII	26
08.12.2016	F. Franzen	ECOLO	Reform der Lehrerausbildung	Mollers	AIII	26
08.12.2016	F. Franzen	ECOLO	Weiterbildungen zum Nachteilsausgleich	Mollers	AIII	26
08.12.2016	K. Neycken-Bartholemy	SP	Bauliche Situation im Internat des Zentrums für Förderpädagogik	Mollers	AIII	26
12.12.2016	E. Jadin	PFF	Fortbestand des IZOM-Abkommen	Antoniadis	PL	26 d
09.01.2017	C. Servaty	SP	Auswirkungen der Reform der Finanzierung der sozialen Sicherheit auf die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	AI	27
10.01.2017	C. Gentges	PFF	Übernahme von Radio Contact durch die Grenz-Echo AG	Weykmans	AII	27 d
10.01.2017	C. Gentges	PFF	Entschädigungszahlungen an die Mitglieder von Interkommunalen	Weykmans	AII	27
10.01.2017	C. Servaty	SP	Ausbau des Glasfasernetzes durch Proximus	Weykmans	AII	27
11.01.2017	E. Jadin	PFF	Hausärztlicher Bereitschaftsstützpunkt für die Eifel	Antoniadis	AIV	27
11.01.2017	C. Servaty	SP	Sicherheitsbestimmungen in der Kinderbetreuung	Antoniadis	AIV	27
12.01.2017	M. Dhur	CSP	Nutzung und Umsetzung des Dekrets zur Einführung eines Unterrichtsangebots zum theoretischen Fahrschulunterricht	Mollers	AIII	27
12.01.2017	G. Freches	PFF	Standortmarketing Ostbelgien	Mollers	AIII	27
12.01.2017	G. Freches	PFF	Thema „Schule im Aufbruch“	Mollers	AIII	27
12.01.2017	F. Franzen	ECOLO	Thema „Heterogenität als Chance im Unterricht nutzen“	Mollers	AIII	27
12.01.2017	F. Franzen	ECOLO	Ziele für nachhaltige Entwicklung	Mollers	AIII	27
12.01.2017	F. Cremer	ProDG	Erwachsenenbildungsorganisation „Die Raupe“	Mollers	AIII	27
12.01.2017	P. Schmitz	ProDG	Streichung der Fördermittel der Erwachsenenbildungsorganisation „Die Raupe“	Mollers	AIII	27
06.02.2017	F. Mockel	ECOLO	Zurverfügungstellung eines Fahrers durch die Regierung	Paasch	AI	28
06.02.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Vorgezogene Indexierung der Gehälter	Paasch	AI	28
06.02.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Abholzung entlang der Autobahn E40	Paasch	AI	28
06.02.2017	A. Velz	ProDG	Bezüge der Minister	Paasch	AI	28
06.02.2017	A. Velz	ProDG	Anzahl der Mitarbeiter in den Kabinetten und der Kanzlei	Paasch	AI	28
06.02.2017	C. Servaty	SP	Gesprächstermin am 9. Februar 2017 mit Bundesminister Dobrindt in Sachen deutsche PKW-Maut	Paasch	AI	28
07.02.2017	M. Braem	CSP	Beschädigung der Langlaufloipe „Piste Renard“	Weykmans	AII	28
07.02.2017	C. Gentges	PFF	Anwerbung von Talente in Flandern	Weykmans	AII	28

07.02.2017	A. Mertes	VIVANT	Ausfallende Kurse im Bauhandwerk	Weykmans	AII	28
08.02.2017	F. Mockel	ECOLO	Nationaler Aktionsplan zur Reduzierung des Gebrauchs von Pestiziden	Antoniadis	AIV	28
08.02.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Bereitschaftsdienste und Gesundheitsplanung	Antoniadis	AIV	28
08.02.2017	C. Servaty	SP	Kostenlose Verteilung von Jodtabletten	Antoniadis	AIV	28
08.02.2017	C. Servaty	SP	Inklusion in den Standorte der außerschulischen Betreuung	Antoniadis	AIV	28
09.02.2017	D. Franzen	CSP	Erhebung zu den Französischkenntnissen der Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	28
09.02.2017	G. Freches	PFF	Kaleido-DG	Mollers	AIII	28
09.02.2017	G. Freches	PFF	Königin-Paola-Preis für Wissenschaftsunterricht	Mollers	AIII	28
09.02.2017	G. Freches	PFF	Betreuungsdienst für kranke Kinder	Mollers	AIII	28
09.02.2017	M. Niessen	ECOLO	Förderung von Mehrsprachigkeit	Mollers	AIII	28
09.02.2017	M. Niessen	ECOLO	Dotationskürzung in der Erwachsenenbildung	Mollers	AIII	28
09.02.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Integration von sehbehinderten Menschen in den Unterricht	Mollers	AIII	28
13.03.2017	L. Frank	CSP	Bierdecke-Aktion (Marketing mit Trinkspruch)	Paasch	AI	29
13.03.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Zinsrisiko der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	29
13.03.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Ehemaliges Gebäude des ZAWM Eupen	Paasch	AI	29
13.03.2017	A. Velz	ProDG	Stand des Haushalts 2016	Paasch	AI	29
13.03.2017	K.-H. Lambertz	SP	Proma AG	Paasch	AI	29
14.03.2017	M. Niessen	ECOLO	Schulung und Weiterbildung des Personals im Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	AII	29
14.03.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Ergebnisse der Untersuchung des Granulats auf Kunstrasenplätzen	Weykmans	AII	29
14.03.2017	M. Braem	CSP	Tour de France	Weykmans	AII	29
14.03.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Ältere Arbeitslose in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	AII	29
14.03.2017	M. Braem	CSP	Personalveränderungen im BRF	Weykmans	AII	29
14.03.2017	C. Gentges	PFF	Sanktionen für Arbeitslose	Weykmans	AII	29
14.03.2017	W. Reuter	ProDG	Verband der deutschsprachigen Turner	Weykmans	AII	29
14.03.2017	M. Strougmayr	SP	„Digital Tour“ des Föderalen Ministers für Telekommunikation	Weykmans	AII	29
15.03.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Programm für Menschen mit Autismus	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Kernspintomograph für das Eupener Krankenhaus	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Präventionskampagne „Tournée minérale“	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	R. Nelles	CSP	Anreize für Fachärzte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	E. Jadin	PFF	Drittes Jugendhilfeforum der Deutschsprachigen Gemeinschaft – „Schulen und Jugendhilfe gemeinsam auf Kurs“	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	C. Servaty	SP	Mittel- und langfristiger Bedarf an Altenheimplätzen in Ostbelgien	Antoniadis	AIV	29
15.03.2017	C. Servaty	SP	Mobilitätshilfen	Antoniadis	AIV	29
16.03.2017	J. Franssen	CSP	Unterricht in einer Fremdsprache an der Autonomen Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	29
16.03.2017	G. Freches	PFF	Öffentlichkeitsarbeit von Kaleido Ostbelgien	Mollers	AIII	29
16.03.2017	G. Freches	PFF	Diesjährige Schnupperwochen des IAWM	Mollers	AIII	29
16.03.2017	M. Niessen	ECOLO	Progressive Wiedereingliederung in den Schulalltag	Mollers	AIII	29
16.03.2017	M. Niessen	ECOLO	Dienstleistungen des Kompetenzzentrums im Zentrum für Förderpädagogik	Mollers	AIII	29
10.04.2017	H. Grommes	CSP	Mögliche Zusammenlegung der Friedensgerichte Eupen und St. Vith	Paasch	AI	30



10.04.2017	H. Grommes	CSP	Investitionspakt der belgischen Föderalregierung	Paasch	AI	30
10.04.2017	A. Velz	ProDG	Mögliche Verlegung des Friedensgerichts St. Vith nach Eupen	Paasch	AI	30
10.04.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Sozialdumping	Paasch	AI	30
10.04.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Euregiobahn	Paasch	AI	30
10.04.2017	K.-H. Lambertz	SP	Investitionsprogramm	Paasch	AI	30
11.04.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Pläne betreffend eine Leichtathletikbahn in Eupen	Weykmans	AII	30
11.04.2017	C. Gentges	PFF	Ausbau der Euregiobahn	Weykmans	AII	30
12.04.2017	E. Jadin	PFF	Kinderkrippe in Hergenrath	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	F. Mockel	ECOLO	Eingliederungszulage für sogenannte psycho-medizinisch-sozial eingeschränkte Personen	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	F. Mockel	ECOLO	Maßnahmenkatalog für Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Hausärzte	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	F. Mockel	ECOLO	Gesundheitsplanung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	F. Mockel	ECOLO	Krankenhauspolitik	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Europäischer Behindertenausweis	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	C. Servaty	SP	Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die aus der Inspektion der Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft hervorgegangen sind	Antoniadis	AIV	30
12.04.2017	C. Servaty	SP	Errichtung einer Kinderkrippe für die Gemeinden Kelmis, Lontzen und Raeren	Antoniadis	AIV	30
13.04.2017	D. Franzen	CSP	Einsatz von pensionierten Lehrern im Unterrichtsbetrieb	Mollers	AIII	30
13.04.2017	D. Franzen	CSP	Gebäudetausch zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Stadt Eupen	Mollers	AIII	30
13.04.2017	G. Freches	PFF	Stand der Dinge in Bezug auf die Dienstrechtsreform im Unterrichtswesen	Mollers	AIII	30
13.04.2017	G. Freches	PFF	Das digitale Schulbuch (mBook)	Mollers	AIII	30
13.04.2017	M. Niessen	ECOLO	Förderung von Integrationsmaßnahmen in den Sekundarschulen	Mollers	AIII	30
13.04.2017	M. Niessen	ECOLO	Altersgrenze bei der Einschreibung in den Kindergarten	Mollers	AIII	30
13.04.2017	P. Schmitz	ProDG	Altersteilzeit	Mollers	AIII	30
13.04.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Zugangsprüfungen an frankofonen Universitäten	Mollers	AIII	30
13.04.2017	A. Mertes	VIVANT	Nutzung des mBooks in den Schulen	Mollers	AIII	30
13.04.2017	A. Mertes	VIVANT	Überfüllte Busse am Eupener Bushof	Mollers	AIII	30
08.05.2017	G. Freches	PFF	Standortmarketing für Ostbelgien	Paasch	AI	31
08.05.2017	C. Servaty	SP	Konkrete Maßnahmen der Regierung infolge einer Resolution bezüglich der PKW-Maut, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden soll	Paasch	AI	31
09.05.2017	M. Braem	CSP	Tour de France	Weykmans	AII	31
09.05.2017	C. Gentges	PFF	Besteuerung von Mobilfunkmasten	Weykmans	AII	31
09.05.2017	M. Strougmayr	SP	Forsa-Umfrage im Auftrag des Belgischen Rundfunks	Weykmans	AII	31
10.05.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Europäische Impfwoche	Antoniadis	AIV	31
10.05.2017	F. Mockel	ECOLO	Übertragung der Zuständigkeit für Rehabilitationsmaßnahmen im Rahmen der Sechsten Staatsreform	Antoniadis	AIV	31
10.05.2017	F. Mockel	ECOLO	Aufstockung der Plätze für Ferienbetreuung	Antoniadis	AIV	31
10.05.2017	C. Servaty	SP	Ernährungskampagne	Antoniadis	AIV	31
11.05.2017	G. Freches	PFF	Eine tierisch gute Kollegin	Mollers	AIII	31
11.05.2017	G. Freches	PFF	Weiterbildungskurse des ZAWM	Mollers	AIII	31
11.05.2017	G. Freches	PFF	Projekt „Kfz 4.0“ des ZAWM	Mollers	AIII	31
11.05.2017	M. Niessen	ECOLO	Einführung des Nachteilsausgleichs	Mollers	AIII	31

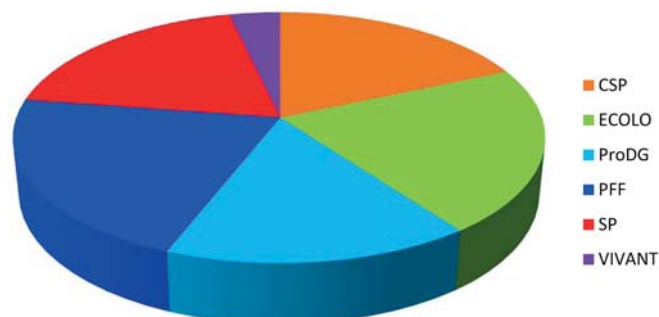
11.05.2017	P. Schmitz	ProDG	Situation im Internat des Zentrums für Förderpädagogik	Mollers	AIII	31
11.05.2017	F. Cremer	ProDG	Ergebnisse der Unterredung mit dem föderalen Pensionsminister Daniel Bacquelaire	Mollers	AIII	31
11.05.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Vermittlung von Kenntnissen in Erster Hilfe	Mollers	AIII	31
29.05.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Nachfolgeregelung für das IZOM-Abkommen	Antoniadis	PL	32 d
06.06.2017	M. Niessen	ECOLO	Kofinanzierung des Interreg-Projektes N-Power der Stadt Eupen	Weykmans	AII	32
06.06.2017	M. Niessen	ECOLO	Verbleib von demontierten historischen Anlagen des Raerener Bahnhofs	Weykmans	AII	32
07.06.2017	R. Nelles	CSP	Schwere Vorwürfe gegen das Eupener Krankenhaus	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	E. Jadin	PFF	Rahmenbedingungen für Pflegefamilien	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	E. Jadin	PFF	Angemessene Vorkehrungen für Personen mit Hörschädigung	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	F. Mockel	ECOLO	Zukunft der Krankenhäuser in Eupen und St. Vith	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	F. Mockel	ECOLO	Kontakte zu flämischen und wallonischen Vereinigungen im Hinblick auf die Verbesserung der Unterstützung von pflegenden Angehörigen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	L. Scholzen	ProDG	Notfall-App	Antoniadis	AIV	32
07.06.2017	C. Servaty	SP	Hausnotrufanlagen	Antoniadis	AIV	32
08.06.2017	G. Freches	PFF	REK-Projekt „Kompetenzen anerkennen“	Mollers	AIII	32
08.06.2017	F. Cremer	ProDG	Zweites Schulbauprogramm	Mollers	AIII	32
12.06.2017	G. Freches	PFF	Dashboard-Internetmodul	Paasch	AI	32
12.06.2017	A. Velz	ProDG	Beschäftigungsquote von Personen mit einer Behinderung	Paasch	AI	32
12.06.2017	A. Velz	ProDG	Zusammenlegung der Friedensgerichte	Paasch	AI	32
12.06.2017	C. Servaty	SP	Friedensgerichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	32
12.06.2017	M. Balter	VIVANT	Unbesetzte Stelle eines deutschsprachigen Umweltbeauftragten der Wallonischen Region	Paasch	AI	32
11.09.2017	G. Freches	PFF	Zukünftige Anwendung der SEC 2010-Normen auf Gemeindeebene	Paasch	AI	
11.09.2017	F. Mockel	ECOLO	Beschluss des Konzertierungsausschusses zur Anrufung des EuGHs zur Übereinstimmung der Schiedsgerichtsklauseln im Handelsabkommen CETA	Paasch	AI	
11.09.2017	F. Mockel	ECOLO	Einführung einer PKW-Maut durch die Wallonische Region	Paasch	AI	
12.09.2017	M. Braem	CSP	Unterstützung des E-Sports in Ostbelgien	Weykmans	AII	
12.09.2017	C. Gentges	PFF	Bezuschussung der Tourismusdachverbände	Weykmans	AII	
13.09.2017	C. Servaty	SP	Ferienbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	C. Servaty	SP	Erweiterung der Kinderkrippe in der Eupener Hillstraße	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	F. Mockel	ECOLO	Masterplan Kinderbetreuung	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	L. Scholzen	ProDG	Frauenhaus der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	R. Nelles	CSP	Ärztmangel	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	E. Jadin	PFF	Vereinbarung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Kommanditgesellschaft "Post-Minis KG" und Kaleido Ostbelgien für die Jahre 2017-2020	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Kernspintomograph im Eupener Hospital	Antoniadis	AIV	
13.09.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Fitness für Menschen mit Demenz	Antoniadis	AIV	
14.09.2017	G. Freches	PFF	Versicherungsschutz der Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	

14.09.2017	G. Freches	PFF	Digitalisierung	Mollers	AIII
14.09.2017	P. Schmitz	ProDG	EAS-Dekret	Mollers	AIII
14.09.2017	F. Cremer	ProDG	Im Raerener Gemeinderat erhobene Vorwürfe an den Minister	Mollers	AIII
14.09.2017	M. Niessen	ECOLO	Verkauf von Softdrinks an Sekundarschulen	Mollers	AIII
14.09.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Pilotprojekt individueller Lernformen an der Pater-Damian-Grundschule	Mollers	AIII
14.09.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Kosten des Sekundarunterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII

d = dringende Frage

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	Pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	3	
CSP	Weykmans (PFF)	11	
CSP	Antoniadis (SP)	16	
CSP	Mollers (ProDG)	5	35
ECOLO	Paasch (ProDG)	5	
ECOLO	Weykmans (PFF)	6	
ECOLO	Antoniadis (SP)	11	
ECOLO	Mollers (ProDG)	17	39
ProDG	Paasch (ProDG)	13	
ProDG	Weykmans (PFF)	1	
ProDG	Antoniadis (SP)	9	
ProDG	Mollers (ProDG)	9	32
PFF	Paasch (ProDG)	3	
PFF	Weykmans (PFF)	8	
PFF	Antoniadis (SP)	10	
PFF	Mollers (ProDG)	20	41

SP	Paasch (ProDG)	8	
SP	Weykmans (PFF)	5	
SP	Antoniadis (SP)	14	
SP	Mollers (ProDG)	9	36
VIVANT	Paasch (ProDG)	1	
VIVANT	Weykmans (PFF)	1	
VIVANT	Antoniadis (SP)	1	
VIVANT	Mollers (ProDG)	3	6
<b>Total</b>			<b>189</b>



## SCHRIFTLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2016-2017 wurden 80 schriftliche Fragen gestellt. (Sachstand 17.08.2017)

Frage Nr.*	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
137	23.09.2016	M. Balter	VIVANT	Informelles Gipfeltreffen der Staatschefs der deutschsprachigen Staaten	O. Paasch	25.10.2016	24
138	27.09.2016	M. Balter	VIVANT	Brustkrebsrate in Belgien	A. Antoniadis	18.10.2016	24
139	29.09.2016	M. Balter	VIVANT	Vorsorgebusse der Provinz Lüttich	A. Antoniadis	18.10.2016	24
140	30.09.2016	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Verspätet erfolgte Zahlungsaufforderung in Bezug auf die Immobiliensteuer 2016	I. Weykmans	03.11.2016	25
141	04.10.2016	A. Mertes	VIVANT	Geplanter Genderparcours an den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	H. Mollers	08.11.2016	25
142	06.10.2016	M. Balter	VIVANT	Cocktail „Purple Drank“	A. Antoniadis	08.11.2016	25

143	11.10.2016	F. Franzen	ECOLO	Kooperationsvereinbarungen	H. Mollers	17.11.2016	25
144	27.10.2016	M. Braem	CSP	Bezuschussung des Um- bzw. Neubaus des Polizeigebäudes in Eupen	O. Paasch	06.12.2016	25
145	17.11.2016	M. Balter	VIVANT	Allgemein laufende Kosten im Organisationsbereich 40	I. Weykmans	16.12.2016	26
146	17.11.2016	M. Balter	VIVANT	Allgemein laufende Kosten in den Organisationsbereichen 10, 20, 70	O. Paasch	16.12.2016	26
147	17.11.2016	M. Balter	VIVANT	Allgemein laufende Kosten im Organisationsbereich 30	H. Mollers	16.12.2016	26
148	17.11.2016	M. Balter	VIVANT	Allgemein laufende Kosten im Organisationsbereich 50	A. Antoniadis	16.12.2016	26
149	05.12.2016	M. Balter	VIVANT	Bestellung eines politischen Koordinators	O. Paasch	10.01.2017	26
150	19.12.2016	L. Frank	CSP	Studien zur Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	24.01.2017	27
151	19.12.2016	M. Balter	VIVANT	Umsetzung europäischer Richtlinien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	25.01.2017	27
152	19.12.2016	M. Balter	VIVANT	Essverhalten der Belgier	A. Antoniadis	18.01.2017	27
153	20.12.2016	M. Balter	VIVANT	Integrationsparcours	A. Antoniadis	18.01.2017	27
154	20.12.2016	M. Balter	VIVANT	Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	O. Paasch	25.01.2017	27
155	21.12.2016	M. Balter	VIVANT	Unwissenheit der Belgier über sexuell übertragbare Krankheiten	A. Antoniadis	24.01.2017	27
156	21.12.2016	M. Balter	VIVANT	Kriterien in Bezug auf die Einstellung von Personal im Ministerium	O. Paasch	26.01.2017	27
157	22.12.2016	M. Balter	VIVANT	ADHS	A. Antoniadis	24.01.2017	27
158	02.01.2017	M. Balter	VIVANT	Bildungstag vom 26. November 2016	I. Weykmans	31.01.2017	27
159	03.01.2017	M. Balter	VIVANT	Kosten der Impfdosen für das Jahr 2014	A. Antoniadis	30.01.2017	27
160	10.01.2017	M. Balter	VIVANT	Einnahme von Psychopharmaka durch Minderjährige	A. Antoniadis	03.02.2017	27
161	12.01.2017	M. Balter	VIVANT	Anzahl an Autismus erkrankter Kinder	A. Antoniadis	10.02.2017	28
162	23.01.2017	L. Frank	CSP	Bezuschussung von Infrastrukturprojekten	O. Paasch	22.02.2017	28
163	08.02.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Auszahlung von Vorschüssen im Infrastrukturbereich	O. Paasch	13.03.2017	29
164	15.02.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Finanzsituation der neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	20.03.2017	29
165	24.02.2017	A. Mertes	VIVANT	Logopädie	H. Mollers	28.03.2017	29
166	24.03.2017	M. Balter	VIVANT	Einstellung von neuem Personal in der Verwaltung des Ministeriums	O. Paasch	26.04.2017	30
167	27.03.2017	M. Balter	VIVANT	Zahl der Empfänger von Eingliederungseinkommen	A. Antoniadis	27.04.2017	30
168	27.03.2017	H. Grommes	CSP	Statistik zur Entwicklung der Finanzierung der Gemeinden seit der Übernahme der Zuständigkeit der Aufsicht über die Gemeinden durch die Deutschsprachige Gemeinschaft	O. Paasch	26.04.2017	30
169	29.03.2017	M. Balter	VIVANT	Umsetzung des Resolutionsvorschlags zur Einführung einer verbraucherfreundlichen Etikettierung für Lebensmittelprodukte	A. Antoniadis	21.04.2017	30
170	30.03.2017	M. Balter	VIVANT	Umsetzung des Resolutionsvorschlags zum Verbot vom Weichmacher Bisphenol A (BPA) in allen Lebensmittelbehältern	A. Antoniadis	27.04.2017	30
171	30.03.2017	M. Niessen	ECOLO	Gehaltstabellen für Lehrer	H. Mollers	04.05.2017	30
172	31.03.2017	M. Balter	VIVANT	Umsetzung des Resolutionsvorschlags zur Einführung von Seniorengenossenschaften	A. Antoniadis	27.04.2017	30



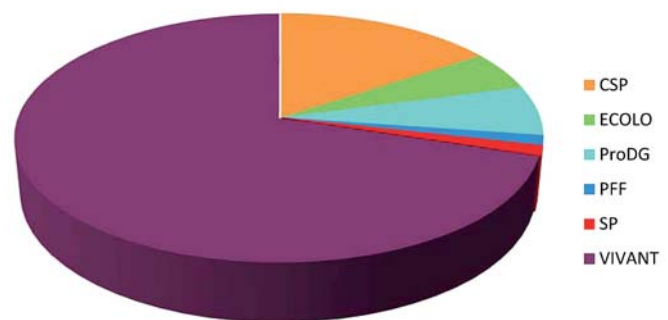
173	03.04.2017	M. Balter	VIVANT	Standortmarketing Ostbelgien und frankofone Randgemeinden	O. Paasch	05.05.2017	30
174	10.04.2017	M. Balter	VIVANT	Titel der Kampagne „Arbeiten in und für Ostbelgien“	O. Paasch	11.05.2017	30
175	12.04.2017	M. Balter	VIVANT	Solarstudios	A. Antoniadis	08.05.2017	31
176	13.04.2017	M. Balter	VIVANT	Manchester-Triage-System (MTS)	A. Antoniadis	16.05.2017	31
177	14.04.2017	M. Balter	VIVANT	Hanta-Virus	A. Antoniadis	12.05.2017	31
178	18.04.2017	M. Balter	VIVANT	Notaufnahmewohnungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	12.05.2017	31
179	19.04.2017	M. Balter	VIVANT	Besuch bei der Landesregierung Kärnten	A. Antoniadis	18.05.2017	31
180	20.04.2017	M. Balter	VIVANT	ELISAN-Netzwerk	A. Antoniadis	22.05.2017	31
181	26.04.2017	M. Balter	VIVANT	Immersion 2017	H. Mollers	30.05.2017	32
182	27.04.2017	M. Balter	VIVANT	Schulprojekt des ZAWM zum interkulturellen und interreligiösen Dialog	H. Mollers	30.05.2017	32
183	02.05.2017	M. Balter	VIVANT	Renovierung des Naturparkzentrums Botrange	I. Weykmans	02.06.2017	32
184	04.05.2017	M. Balter	VIVANT	Nutzung des Klosters Heidberg durch die Regierung	O. Paasch	07.06.2017	32
185	04.05.2017	M. Balter	VIVANT	Nutzung des Klosters Heidberg	I. Weykmans	07.06.2017	32
186	05.05.2017	L. Frank	CSP	Infrastrukturausgaben und -bezuschussung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in den neun Gemeinden des deutschen Sprachgebiets	O. Paasch	09.06.2017	32
187	08.05.2017	M. Balter	VIVANT	Buslinie 14 Eupen – Eynatten – Aachen	O. Paasch	09.06.2017	32
188	09.05.2017	M. Balter	VIVANT	Blutvergiftungen in Krankenhäusern	A. Antoniadis	12.06.2017	32
189	09.05.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Geschäftsführungsverträge	O. Paasch	12.06.2017	32
190	11.05.2017	E. Jadin	PFF	Homophobie	A. Antoniadis	15.06.2017	32
191	15.05.2017	A. Velz	ProDG	Kosten für die Internetpräsenz der Minister	O. Paasch	08.06.2017	32
192	16.05.2017	H. Grommes	CSP	Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern und Delegationen des Ministeriums	A. Antoniadis	21.06.2017	32
193	16.05.2017	H. Grommes	CSP	Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern und Delegationen des Ministeriums	I. Weykmans	21.06.2017	32
194	16.05.2017	H. Grommes	CSP	Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern und Delegationen des Ministeriums	O. Paasch	21.06.2017	32
195	19.05.2017	M. Balter	VIVANT	Zwangsheirat Minderjähriger	A. Antoniadis	23.06.2017	32
196	23.05.2017	M. Balter	VIVANT	Diätlinik	A. Antoniadis	26.06.2017	32
197	24.05.2017	M. Balter	VIVANT	„Semaine de la migraine“	A. Antoniadis	27.06.2017	
198	01.06.2017	C. Servaty	SP	Ferienbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	A. Antoniadis	05.07.2017	
199	07.06.2017	M. Balter	VIVANT	Kosten für Pressebeihilfen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und sonstige Ausgaben in diesem Bereich für das zweite Halbjahr 2015 sowie für 2016	O. Paasch	30.06.2017	
200	08.06.2017	M. Balter	VIVANT	Kanzlei der Regierung	O. Paasch	10.07.2017	
201	15.06.2017	H. Grommes	CSP	Direkte und indirekte Kosten zur Entwicklung und Implementierung der Standortmarke Ostbelgien	O. Paasch	17.07.2017	
202	15.06.2017	M. Niessen	ECOLO	Finanzierung der Zusatzausbildung Förderpädagogik	H. Mollers	27.06.2017	
203	15.06.2017	M. Balter	VIVANT	Stellenanzeigen für das Ministerium	O. Paasch	17.07.2017	
204	20.06.2017	M. Balter	VIVANT	Unterernährung in Altenheimen	A. Antoniadis	13.07.2017	
205	27.06.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Anteil der Deutschsprachigen Gemeinschaft an bezuschussten Gemeinde-Infrastrukturprojekten	O. Paasch	27.07.2017	
206	28.06.2017	J. Franssen	CSP	Aufschlüsselung der Zuwendung an die AS Eupen	I. Weykmans	24.07.2017	

207	03.07.2017	M. Balter	VIVANT	Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Stand: Ende Juni 2017)	O. Paasch	28.07.2017
208	06.07.2017	M. Balter	VIVANT	Sommerfest der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel	O. Paasch	01.09.2017
209	12.07.2017	M. Balter	VIVANT	Einnahme von Ritalin	A. Antoniadis	01.09.2017
210	19.07.2017	M. Balter	VIVANT	Verschreibung von Opioiden	A. Antoniadis	04.09.2017
211	24.07.2017	M. Niessen	ECOLO	Aufnahmeprüfung an der AHS Eupen	H. Mollers	24.08.2017
212	28.07.2017	L. Frank	CSP	Besteuerung von Autonomen Gemeinderegien	O. Paasch	28.08.2017
213	07.08.2017	M. Balter	VIVANT	Eingliederung älterer Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt	I. Weykmans	
214	10.08.2017	M. Balter	VIVANT	Rückgang der Selbstständigenzahl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	I. Weykmans	
215	21.08.2017	M. Balter	VIVANT	Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes	I. Weykmans	
216	07.09.2017	M. Niessen	ECOLO	Elternbefragung des Bundes der Familien zu den Schulkosten, die für Familien anfallen	H. Mollers	

\* Die Nummerierung der Fragen beginnt mit der Legislaturperiode.

Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	Pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	8	
CSP	Weykmans (PFF)	3	
CSP	Antoniadis (SP)	1	
CSP	Mollers (ProDG)	0	12
ECOLO	Paasch (ProDG)		
ECOLO	Weykmans (PFF)		
ECOLO	Antoniadis (SP)		
ECOLO	Mollers (ProDG)	5	5
ProDG	Paasch (ProDG)	4	
ProDG	Weykmans (PFF)	1	
ProDG	Antoniadis (SP)		
ProDG	Mollers (ProDG)		5
PFF	Paasch (ProDG)		
PFF	Weykmans (PFF)		
PFF	Antoniadis (SP)	1	
PFF	Mollers (ProDG)		1

SP	Paasch (ProDG)		
SP	Weykmans (PFF)		
SP	Antoniadis (SP)	1	
SP	Mollers (ProDG)		1
VIVANT	Paasch (ProDG)	28	
VIVANT	Weykmans (PFF)	7	
VIVANT	Antoniadis (SP)	16	
VIVANT	Mollers (ProDG)	5	56
<b>Total</b>			<b>80</b>



## THEMENDEBATTEN

Themendebatten bieten die Möglichkeit, eine parlamentarische Diskussion über bestimmte Themen von allgemeinem Interesse zu führen. Die Regierung kann sich an der Debatte beteiligen, ist aber – im Gegensatz zu den anderen Kontrollinstrumenten – nicht dazu verpflichtet.

Am 24. April 2017 befasste sich das Parlament ausführlich mit dem Thema „Europa“.

Im Ausführlichen Bericht Nr. 38 ist die Debatte vollständig wiedergegeben.

# PARLAMENT ALS OFFENES HAUS

Das Parlament ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Jeder kann das Parlament besuchen und die Arbeiten auf transparente Weise mitverfolgen. In dieser Hinsicht wurde das Angebot während der Sitzungsperiode 2015-2016 erweitert. Neben den Plenarsitzungen sind nun auch die Ausschusssitzungen zur Regierungskontrolle und zur Anhörung von Experten öffentlich. Sie finden im Plenarsaal statt und stehen für Publikum offen. Darüber hinaus bemüht sich das Parlament, die parlamentarische Arbeit noch anschaulicher darzustellen. So wurde das Informationsangebot auf Ebene der neuen Medien nochmals erweitert. Ähnliches trifft auf die Parlamentsbibliothek, die nicht nur für Abgeordnete zugänglich ist, sondern auch für Studierende und Bürger. Darüber hinaus werden im Parlament Besuchergruppen und Schüler gerne empfangen, ebenso Gäste aus anderen Parlamenten oder Institutionen. Nicht zuletzt gilt das Parlament auch als Veranstaltungsort. Wir bieten ein Forum für die unterschiedlichsten Themen.

## SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

Im Rahmen der Aufwertung der parlamentarischen Arbeit gibt das Parlament seit einigen Jahren eine Schriftenreihe heraus. Dadurch möchte es aktiv zur regional verankerten Föderalismusforschung beitragen und die Veröffentlichung von politik-, rechts-, verwaltungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studien und Fachbeiträgen unterschiedlichster Prägung fördern.

Die Schriftenreihe möchte sowohl den wissenschaftlichen Diskurs als auch die politische und rechtliche Praxis dokumentieren sowie zur politischen Diskussion und Reflexion anregen.

Drei Bände sind inzwischen erschienen:

Bd. 1: „Small is beautiful“. Aktuelle Entwicklungen in der europäischen Minderheiten-, Kleingliedstaaten- und Grenzre-

## PARLAMENTSBIbliothEK

- ein parlamentarischer Informationsdienst

Die Parlamentsbibliothek hat als Dienstleistungsangebot der Parlamentsverwaltung für die politischen Entscheidungsträger, die Behördenmitarbeiter und für die Öffentlichkeit auch während der Sitzungsperiode 2016-2017 ihre Bestände in den Bereichen Politik, Parlamentarismus, Staatswissenschaften, Verfassungsrecht, Föderalismus, Autonomie und politische Bildung kontinuierlich erweitert.

Eine Bibliotheksrecherche ist vor Ort oder online möglich über die Webseite des Bibliotheksverbunds MediaDG ([www.mediadg.be](http://www.mediadg.be)).

Weiterführende Informationen bietet auch die eigene Homepage (<http://bibliothek.pdg.be>).



The screenshot shows the website for the 'Bibliothek des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft'. At the top, there is a navigation bar with 'MediaDG' and 'Heine Bibliothek'. Below this, there is a search bar with the text 'Sie sind hier: MediaDG > Eupen > Parlamentsbibliothek'. The main heading is 'Bibliothek des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft'. Below the heading, there is a description of the library's role in providing information and literature to parliamentarians and staff. A 'Katalog der Parlamentsbibliothek' section is visible, featuring a search form with fields for 'Suchort', 'Titel', and 'Verfasser'. On the right side, there is a 'Heine Bibliothek' section with contact information and opening hours.

gionenforschung. Beiträge zum Kolloquium vom 31. Januar 2014 in Eupen, organisiert im Rahmen des Jubiläumsprogramms „40 Jahre Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ (2015)

Bd. 2: Welcher Platz für die Deutschsprachige Gemeinschaft im föderalen Belgien? Beiträge zum Kolloquium vom 12. März 2015 im Plenarsaal des Senats in Brüssel (2016)

Bd. 3: Die Besonderheiten des belgischen Bundesstaatsmodells und ihre Auswirkungen auf die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Beiträge zum Kolloquium vom 16. September 2016 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (2017)

Weitere Informationen sowie einen Beitragsaufruf findet man auf der Webseite [www.pdg.be/Schriftenreihe](http://www.pdg.be/Schriftenreihe).

## LIVESTREAM

Über den Livestream auf der Website des Parlaments ist es nun auch möglich, sich öffentliche Sitzungen in Echtzeit anzuschauen. Wer keinen Kabelanschluss hat und somit die Übertragungen des Offenen Kanal Ostbelgien nicht mitverfolgen kann, hat die Möglichkeit, über das Internet einen Blick in den Plenarsaal zu werfen. Plenarsitzungen und öffentliche Ausschusssitzungen werden live ausgestrahlt. Gezeigt werden ebenfalls Veranstaltungen, die vom Parlament organisiert werden, beispielsweise die Verleihung des Preises des Parlaments. Darüber hinaus gibt es aber nach wie vor die Möglichkeit, sich öffentliche Sitzungen im Nachhinein auf der Website des Parlaments anzusehen.

## VERANSTALTUNGEN

Das Parlament als Haus der Bürgerinnen und Bürger öffnet sich seit 2013 vermehrt für Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Besonders etabliert sind Matinee-Veranstaltungen und Themenabende, die darauf abzielen, aktuelle Debatten und Ereignisse in den Vordergrund zu rücken.

### 28. Mai 2017 – Let’s talk about Europe!

Wie hat sich Europa entwickelt und welche Chancen hat die Europäische Union vor dem Hintergrund von Brexit, Flüchtlingskrise und Rechtsruck heute? Diese und andere Fragen erörterte BRF-Redakteur Rudolf Kremer im Gespräch mit Professor Winfried Boettcher und Stefan Alexander Entel. Die beiden Europakenner lieferten sich in der Talkrunde lebhaften Wortwechsel und schlossen auch das Publikum mit ein.

### 17. Mai 2017 – #WirGegenHomophobie

Am 17. Mai 1990 beschloss die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Homosexualität von der Liste psychischer Krankheiten zu streichen. Der 17. Mai



Parlamentspräsident Alexander Miesen

wurde daraufhin zum Internationalen Tag gegen Homophobie ausgerufen. Gemeinsam mit Uwe Köberich, der seit Jahren mit Aktionen gegen Homophobie in Ostbelgien aktiv ist, setzte das Parlament ein Zeichen für eine tolerante Gesellschaft und Respekt für lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Menschen.

### 23. April 2017 – Radikalisierung auf dem Vormarsch?

Mit Jean-Pierre Martin und Christophe Lamfalussy waren zwei ausgewiesene Experten zum Thema Radikalisierung zu Gast im Parlament. Die beiden Grand Reporters berichteten über die Entwicklung in der Gemeinde Molenbeek und darüber hinaus.

Olivier Vanderhaeghen, Präventionsbeauftragter der Gemeinde Molenbeek, berichtete über seine Erfahrungen vor Ort und André Desenfants kommentierte die Bemühungen der lokalen und föderalen Polizei.



v.l.n.r.: Christophe Lamfalussy, Jean-Pierre Martin, Olivier Vanderhaeghen und André Desenfants

### 19. März 2017 – Wi zaach / zaan ech dat op Ostbäljesch Plat?

Mit Liedern und Texten in Mundart wusste die Matinee unter Leitung von Leo Wintgens zu begeistern. Ostbelgische Mundart ist vielfältig und bunt.

Der von Leo Wintgens verfasste zweite Teil des Sprachatlas zeigt, dass sich die Menschen über die Grenzen hinaus verstehen und gemeinsame Wurzeln in der Sprache haben.





Gideon Greif im Parlament

### 20. und 21. November 2016 – Opfer und Täter in Auschwitz: Zwei Fotoalben – zwei Welten

Das Parlament befasst sich immer wieder gerne mit geschichtlichen Themen. Durch Kontakte zur Auschwitz-Stiftung konnte Prof. Gideon Greif an zwei Tagen für das breite Publikum, aber auch für Schülerinnen und Schüler Bewegendes zum Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau berichten. Zwei Fotoalben, eins der auf den sicheren Tod wartenden Opfer und eins der sich amüsierenden Nazis, zeigten auf beeindruckende Weise die unterschiedlichen Welten von Tätern und Opfern.

### 8. November 2016 – Ist Europa noch zu retten?

Sehr kritisch ging Willy Wimmer, ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, mit Europa ins Gericht. Der erfahrene Politiker zeichnete ein düsteres Bild mit vielfältigen Problemen der Europäischen Union und der angespannten politischen Verhältnisse der Großmächte zueinander.

## PREISE DES PARLAMENTS

Zwei Auszeichnungen werden jährlich an Menschen vergeben, die sich auf die eine oder andere Weise mit ihren Arbeiten hervorragen haben.

### Preis für Schülerinnen und Schüler für gute Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch

Wer sich im letzten Primarschuljahr, in den Abschlussklassen des Sekundarunterrichts, im Förderunterricht, bei der Gesellenprüfung oder in den Weiterbildungsklassen mit guten Leistungen im Fach Deutsch auszeichnet, erhält im Parlament den Schülerpreis. Der mit 20 Euro (Primarschulen) oder 50 Euro (Sekundarschulen und weitere Unterrichtseinrichtungen) dotierte Preis wird am Ende des Schuljahres im Rahmen einer Feierstunde im Parlament verliehen.

Parlamentspräsident Alexander Miesen und Abgeordnete des Hauses beglückwünschten die Preisträger und ihre Familien, die am Samstagmorgen zahlreich den Weg ins Parlament gefunden hatten. Die Grundschüler hatten ihre Auszeichnungen bereits bei den traditionellen Abschlussfeiern in den Schulen erhalten.

Oscar Malinowski, Slam Poet aus Aachen, wusste die Gäste auf heitere Weise zu unterhalten und zeigte, welche Wortspiele man mit humorvollem Gebrauch der deutschen Sprache zaubern kann.

### Der Preis des Parlaments

Der Preis des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2016 war in den Bereichen Staatswissenschaften, Heimatgeschichte sowie Bibliotheks- und Archivwesen ausgelobt. Da im Bereich Staatswissenschaften kein Werk für zulässig erklärt wurde, war es Aufgabe der Jury, über eine Preisvergabe in den beiden anderen Fachbereichen zu beraten.

Im Dezember 2016 fiel dann die Entscheidung:

Dr. René Rohrkamp erhielt den Preis im Bereich Bibliotheks- und Archivwesen für die Veröffentlichung „Quellen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier in den belgischen Staatsarchiven (1919-1973)“. Der Historiker, der auch im Eupener Staatsarchiv beschäftigt war, ist zurzeit Leiter des Stadtarchivs Aachen.

Mit der Auszeichnung im Bereich Heimatgeschichte wurde bereits zum zweiten Mal eine Autorengruppe aus Mürringen bedacht. Bereits 2005 ging der Preis im Bereich Heimatge-



Die Preisträger des Schülerpreises



Die Preisträger mit dem Parlamentspräsidenten

schichte an eine Mürringer Dorfchronik. Albert Velz, Alfred Rauw, Bernd Schröter, Christel Jost, Freddy Palm, Manfred Königs und Walter Bungart bilden die Autorengruppe Mürringen. Ausgezeichnet wurde das Buch „Mürringen 1900-1920, Geschichte, Zeitgeist, Spuren in die Gegenwart“, in dem die Autoren die Dorfgeschichte ihrer Heimat aufleben lassen.

Der Festakt zur Verleihung der Preise an die Preisträger fand am 24. März 2017 statt.

hier sind die Zahlen, im Vergleich zum Vorjahr, gestiegen. Insgesamt nahmen 946 Schüler und Studenten an dem Programm teil; 263 davon kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 305 aus Belgien und 378 aus ausländischen Schulen. Ziel ist weiterhin eine Erhöhung der Teilnehmerzahlen, vor allem von ostbelgischen Schulen, in den kommenden Jahren durch verstärkte Werbung und einen Ausbau der Angebote (u. a. durch die Demokratiefabrik).

Neben den klassischen Besuchergruppen nahmen etwa 1.000 Bürgerinnen und Bürger an Veranstaltungen des Parlaments teil, an Vortragsveranstaltungen oder öffentlich zugänglichen Ausschusssitzungen.

## BESUCHER UND GÄSTE

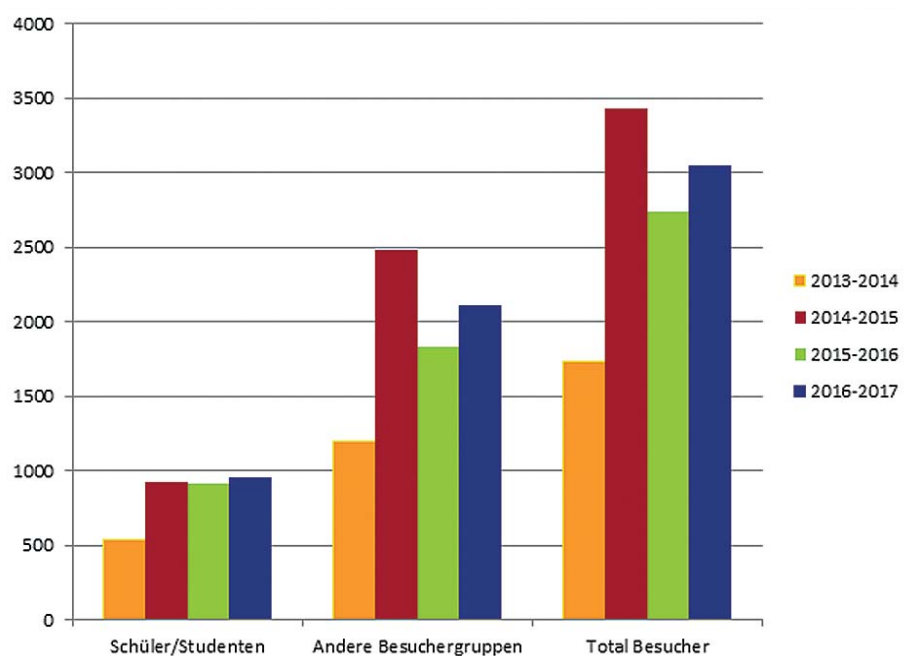
### Besucher- und Schülergruppen

Ein Besuch im Parlament gehört nach wie vor zum Standard-Programm von Gruppen, die Eupen und die Deutschsprachige Gemeinschaft besuchen.

In der Sitzungsperiode 2016-2017 sind die Besucherzahlen im Vergleich zur Sitzungsperiode 2015-2016 leicht gestiegen. Die Zahlen bestätigen die Popularität des Parlaments als Ausflugsziel für Gruppen aller Alterskategorien.

In der Sitzungsperiode 2016-2017 besuchten 131 Gruppen das Parlament. Insgesamt nahmen 3.049 Besucher an den geführten Rundgängen oder Animationen teil.

Die Animationen für Schulgruppen sind ein wichtiger Eckpfeiler im Besucherangebot des Parlaments. Auch







### Dialogklassen

Der Flämische Gemeinschaftsrat Brüssel und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren abwechselnd das Schülerprojekt „Dialogklassen“. Eine Schulklasse aus Brüssel trifft auf eine Klasse aus St. Vith. In gemeinsamen Animationen lernen sie das gastgebende Parlament kennen, erfahren mehr über den belgischen Staatsaufbau und diskutieren über Themen, die ihnen auf den Nägeln brennen. Gemeinsam erarbeiteten die Schüler Fragen, die sie am zweiten Tag des Projekts Parlamentspräsident Alexander Miesen, der Vorsitzenden des Flämischen Gemeinschaftsrates Carla Dejonghe und anwesenden Abgeordneten des Hauses stellten. Es entstand ein interessanter Dialog zwischen Jugend und Politik.

## BESONDERE GÄSTE IM PARLAMENT

### Ostbelgische Sternsinger

„Gemeinsam für Gottes Schöpfung – in Kenia und weltweit“, lautete das Motto der Sternsinger-Aktion 2017. Am 11. Januar 2017 wurden dann auch zahlreiche Sternsinger aus den ostbelgischen Pfarrverbänden im Parlament empfangen und brachten dem Haus ihren Segen.



## **Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe des Bundestags**

Am 16. Januar und am 3. Februar 2017 besuchten Abgeordnete des Deutschen Bundestags das Parlament. In zwei Arbeitssitzungen erörterten die Mitglieder der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Parlamentariergruppe des Bundestags Themen, die in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Bundesrepublik von Bedeutung sind. Beide Seiten scheuten sich nicht, heiße Eisen anzupacken, denn die deutsche PKW-Maut und die Sicherheitsbedenken zu den Kernkraftwerken Tihange und Doel bewegen die Bürger dies- und jenseits der Grenze.

## **Gäste des Eupener Tirolerfestes**

Die Gemeinde Puch im Salzburger Land war 2017 Gastgeberin des Eupener Tirolerfestes. Folklore und Brauchtum wurden auch am 5. August 2017 beim Empfang des Parlaments großgeschrieben. Mit Musik und Tanz wussten die Besucher aus Österreich die Gäste des Parlaments zu beeindrucken. Das Parlament unterstützt die Initiative zum Wohle ostbelgischer Kinder.



## **Markku Markkula, Vorsitzender des Ausschusses der Regionen**

Am 26. Juni 2017 hielt der amtierende Vorsitzende des Europäischen Ausschusses der Regionen, Markku Markkula aus Finnland, in der Plenarsitzung des Parlaments eine Ansprache. Der Vorsitzende stellte das Europäische Bera-



*Karl-Heinz Lambertz, Markku Markkula und Alexander Miesen*

tungsorgan noch einmal vor und betonte dabei die wachsende Rolle der im AdR agierenden Vertreter der Städte und Regionen. Europäische Politik müssten die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger stärker in den Vordergrund rücken und immer ein offenes Ohr für die Probleme der Menschen haben. Europa sei die Lösung für viele Probleme, ob im Klimawandel oder in der Beschäftigung. Jüngste Vorkommnisse – Brexit, Präsidentschaftswahlen in Frankreich – zeigten deutlich, dass man Populismus vorbeugen müsse. Die EU müsse den Dialog mit den Bürgern aufrechterhalten.

## **Norbert Karmann, Landtagspräsident Hessen**

Der Präsident des Hessischen Landtags war am 20. Juli 2017 zu Gast im Parlament. Im Gespräch mit Parlamentspräsident Miesen und Gemeinschaftssenator Lambertz konnte er sich ein Bild von der Arbeitsweise der Deutschsprachigen Gemeinschaft machen. Erörtert wurden die Zusammenarbeit der Landesparlamente sowie europäische Fragen.

## **Delegation der Provinz Fryslân (NL)**

Am 30. August 2017 besuchte eine Delegation aus der niederländischen Provinz Friesland/Fryslân die Deutschsprachige Gemeinschaft. Unter Leitung des Königlichen Kommissars Arno Brock waren Provinzialabgeordnete sowie Vertreter zweier friesischer Unterstützungs- und Beratungsgremien nach Ostbelgien gekommen, um sich über das Autonomiestatut der Deutschsprachigen und über die Rechtsstellung der deutschen Sprache in Belgien zu informieren.



# PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL

## ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE IN BELGIEN

### Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

In regelmäßigen Abständen treffen sich die Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, des Senats und der verschiedenen Regional- und Gemeinschaftsparlamente, um über die Zusammenarbeit in parlamentarischen Fragen zu beraten. In der Sitzungsperiode 2016-2017 fanden insgesamt 4 dieser Konferenzen statt. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft war jeweils durch den Parlamentspräsidenten und den Greffier vertreten.

Im Rahmen dieser Versammlungen wurden in erster Linie Fragen zum Statut der Parlamentarier und zur parlamentarischen Arbeitsweise besprochen: In diesem Zusammenhang wurden vor allem Reformvorschläge zur Pensionsregelung der Parlamentarier im Hinblick auf eine Angleichung an das für Beamte geltende System erörtert. Darüber hinaus wurde die weitere Vorgehensweise in Bezug auf die Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats besprochen und die Anwendung der ESVG2010<sup>3</sup>-Normen auf die Parlamente.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Terrorgefahr brachte die Konferenz zudem eine Gesetzesinitiative zum Ausbau der Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in und um die belgischen Parlamente auf den Weg, über die zurzeit noch im föderalen Parlament beraten wird. Bemerkenswert ist

dabei insbesondere, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Rahmen mit einer eigenen Bannmeile versehen werden soll.

Die Konferenz veröffentlichte darüber hinaus eine gemeinsame Broschüre zu den Zuständigkeiten der Parlamente auf internationaler Ebene, die es den Partnern aus dem Ausland erlaubt, sich im relativ komplexen belgischen Staatsgefüge zurechtzufinden.

Auf der Sitzung vom 29. März 2017 verabschiedete die Konferenz ein Zusammenarbeitsprotokoll über die sogenannte Subsidiaritätskontrolle, die von den nationalen Parlamenten durchgeführt werden kann, um zu vermeiden, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift, die besser und effizienter auf einer tieferen Ebene getroffen werden könnten. Mit dem Protokoll wird nun das Zusammenspiel der einzelnen belgischen Parlamente bei der Durchführung der Subsidiaritätskontrolle geregelt.

### Zusammenarbeit im Bereich lokale Behörden

Am 10. Januar 2017 kamen die Präsidenten und Mitglieder des Flämischen Parlaments, des Wallonischen Parlaments, des Parlaments der Region Brüssel-Hauptstadt sowie des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Namur zum Thema lokale Behörden zusammen.

Im Mittelpunkt stand der Erfahrungsaustausch über die Organisation und Finanzierung der Gemeinden. Eingehend diskutiert wurde über Reformen in den jeweiligen Teilstaaten und über die Auswirkungen der SEC-Normen sowie



Die belgischen  
Parlamentspräsidenten

<sup>3</sup> ESVG: Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 [auch SEC-Normen genannt].

diverser Beschlüsse der Föderalregierung auf die Gemeindefinanzen.

Die Parlamentspräsidenten kamen überein, weitere Treffen zum Thema Gemeindefinanzen – gegebenenfalls unter Einbeziehung weiterer Akteure – zu organisieren.

### Wallonie

Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Parlament der Wallonie vom 18. Mai 2017 stand eine Analyse der Perspektiven des Zusammenarbeitsabkommens, die Entwicklung der föderalen Struktur Belgiens im Allgemeinen und der Beziehungen zwischen den beiden Partnern im Besonderen.

Darüber hinaus wurde über die Initiativen im Bereich des Bürgerdialogs und der Bürgerbeteiligung berichtet. Das Parlament der Wallonie hatte kürzlich einen Bürgerdialog zum Thema Alterung der Gesellschaft organisiert.

### Flandern

Am 16. Juni 2017 tagten in Brüssel die Ausschüsse für Zusammenarbeit des Flämischen Parlaments und des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Leitung der beiden Parlamentspräsidenten Jan Peumans und Alexander Miesen. Die beiden Parlamente treffen sich regelmäßig, um über aktuelle Zusammenarbeit sowie Verbesserungen zu sprechen. Auf der Tagesordnung standen die Punkte Fortschritt und eventuelle Verbesserungen der Zusammenarbeit sowie Initiativen, Vorschläge zur Optimierung sowie konkrete Pläne zur Umsetzung von Bürgerdialog und Bürgerbeteiligung.

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTEN

### Deutsch-Österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Vom 11. bis zum 13. Juni 2017 fand die gemeinsame Konferenz der deutschen und österreichischen Landtagspräsidenten im österreichischen Vorarlberg statt, die im 2-Jahres-Rhythmus zusammengerufen wird. Dabei diskutierten die Präsidenten parlamentarische Themen, tauschten über Best-Practice-Beispiele aus und formulierten gemeinsame Standpunkte zu wichtigen gesellschaftlichen Themen. Mit



Die Landtagspräsidenten in Vorarlberg

© VLK/Vorarlberger Landtag, Maurice Shourot

Parlamentspräsident Alexander Miesen, Greffier Stephan Thomas und Karl-Heinz Lambertz, der in seiner Funktion als 1. Vizepräsident des Ausschusses der Regionen eingeladen worden war, nahm erstmals auch eine Delegation des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft teil.

Die diesjährige Konferenz stand ganz im Zeichen der Europapolitik. In der Abschlusserklärung der Konferenz erklärten die Landtagspräsidenten sich dazu bereit, bei der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union eine Mittlerfunktion zwischen den Bürgern einerseits und den Institutionen der Europäischen Union andererseits einzunehmen. Sie erneuerten in dieser Hinsicht auch ihren Anspruch auf eine stärkere Beteiligung der regionalen Ebene an den europäischen Entscheidungsprozessen. Darüber hinaus sprach sich die Konferenz für ein starkes Europa aus und erteilte all jenen politischen Kräften eine Absage, die auf nationale Abschottung und Ausgrenzung setzen.

Die Jugendbildung in den Parlamenten und die Auswirkungen der voranschreitenden Digitalisierung auf die parlamentarische Informations- und Kommunikationspolitik stellten weitere Themenschwerpunkte der Konferenz dar. Hier wurden die damit einhergehenden Herausforderungen erörtert und dazu Best-Practice-Beispiele ausgetauscht. Schließlich beschäftigten die Konferenzteilnehmer sich auch mit der parlamentarischen Praxis im Alltag und mit den sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen,



wie der Steigerung der Attraktivität der parlamentarischen Debatten oder dem Umgang mit Populismus usw.

Die gemeinsame Konferenz der Landtagspräsidenten bot natürlich auch die Gelegenheit, Networking zu betreiben und neue Kontakte zu anderen Regionen und ihren parlamentarischen Vertretern zu knüpfen. Die Delegation des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft nutzte dies dazu, Ostbelgien und seine Vorzüge etwas bekannter zu machen.

### **Konferenz der Präsidenten der Deutschsprachigen Parlamente**

Der Schweizer Nationalratspräsident Jürg Stahl (SVP) lud vom 14. bis 15. Juli 2017 seine Amtskollegen der deutschsprachigen Parlamente nach Winterthur. Im Zentrum der zweitägigen Konferenz stand neben dem informellen Austausch die Frage nach den Chancen und Risiken des Strukturwandels in Europa.

Der Einladung der Schweiz nach Winterthur gefolgt waren Doris Bures, Präsidentin des Nationalrats der Republik Österreich, Alexander Miesen, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestags, Albert Frick, Präsident des Landtags des Fürstentums Liechtenstein, und Mars Di Bartolomeo, Präsident der Abgeordnetenkammer des Großherzogtums Luxemburg.

### **CALRE**

Am 24. und 25. November 2016 fand die jährliche Plenarsitzung der Mitglieder der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen der Europäischen Union (CALRE) in Varese, Italien, statt. Die Plenarsitzung erfolgte unter der

Präsidentschaft von Raffaele Cattaneo, Präsident des lombardischen Regionalparlamentes. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde u. a. durch Parlamentspräsident Alexander Miesen sowie Karl-Heinz Lambertz vertreten.

Zum 20-jährigen Jubiläum des CALRE-Vertrags war das Hauptthema der Plenarsitzung die Zukunft der Rolle der europäischen Regionen in Bezug auf die Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss. Die Tagung wurde mit der Annahme von Resolutionen sowie der Verlängerung der Arbeitsaufträge der sechs Arbeitsgruppen beendet. Der Präsident Alexander Miesen beteiligt sich derzeit an zwei Arbeitsgruppen, nämlich „Subsidiarität“, geleitet durch Reinhold Bocklet, Vorsitzender des Bayerischen Landtags, und „Interaktive Demokratie“, geleitet durch André Antoine, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments. Die Arbeitsgruppe „Migration, Sozialpolitik und Menschenrechte“ bekam neue Aufgabenbereiche zugeteilt, z. B. die Migration von unbegleiteten Minderjährigen. Darüber hinaus wurden zwei neue Gruppen gebildet: eine die sich mit den demografischen Entwicklungen beschäftigt und eine, die sich mit dem Thema der Naturkatastrophen befasst.

Letztendlich wurde ein neuer CALRE-Präsident bestimmt: Ab dem 1. Januar 2017 hat Andalusien mit Senator Juan Pablo Durán Sánchez den Vorsitz inne.

### **IPR Großregion**

Die Mitglieder des interregionalen Parlamentarier-Rates kommen zweimal jährlich zu einer Plenarversammlung zusammen, um dort über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu sprechen und Empfehlungen anzunehmen. Diese werden dann an die Exekutive geleitet,



*Die Arbeitsgruppe Interaktive Demokratie*



Die IPR-Abgeordneten bei der Plenarsitzung am 3. Juni 2017

um dort ausgeführt zu werden. Der Rat besteht aus den Parlamenten der Großregion, vertreten durch Lothringen, Rheinland-Pfalz, das Großherzogtum Luxemburg, das Saarland, die Wallonische Region Belgiens, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Seit dem 1. Januar 2017 und für die nächsten zwei Jahre hat der Präsident der Abgeordnetenkammer des Großherzogtums Luxemburg, Herr Mars Di Bartolomeo, die Präsidentschaft über den IPR inne. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist durch die Abgeordneten Alexander Miesen und Patricia Creutz-Vilvoye als effektive Mitglieder sowie durch Karl-Heinz Lambertz und Lydia Klinkenberg als stellvertretende Mitglieder vertreten.

### Plenarsitzungen des IPR

In der Sitzungsperiode 2016-2017 fanden zwei Plenarsitzungen des IPR statt.

Die Plenarversammlung verabschiedete Empfehlungen zu folgenden Themen:

9. Dezember 2016 in Namur:

- Flughäfen in der Großregion
- Gutachten zur Steuergerechtigkeit in der Großregion
- Förderung von Kreativwirtschaft und Innovation in der Großregion
- Globalisierung, Digitalisierung der Gesellschaft und innovative Mittel zur Verringerung von Ungleichheiten
- Umsetzung der Rahmenvereinbarung über Grenzüberschreitende Berufsbildung in der Großregion
- Intelligente Städte und nachhaltige Städteplanung

2. Juni 2017 in Luxemburg-Stadt:

- Abfallverwertung in der Großregion

- Schnelles Eingreifen bei vermissten Personen
- PKW-Maut in der Großregion
- Soziale und pädagogische Berufe für Männer in der Großregion

Die integralen Texte der Empfehlungen findet man auf der Website des IPR, [www.cpi-ipr.com](http://www.cpi-ipr.com).

### Ausschussarbeit des IPR

Die Empfehlungen der Vollversammlung werden in Kommissionen vorbereitet. In regelmäßigen Abständen tagen die sechs Arbeitsausschüsse des IPR, die Kommissionen „Wirtschaftliche Fragen“, „Soziale Fragen“, „Verkehr und Kommunikation“, „Umwelt und Landwirtschaft“, „Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur“ und „Innere Sicherheit, Katastrophenschutz und Rettungsdienste“. Der Abgeordnete und Präsident Alexander Miesen hat, in Zusammenarbeit mit Nico Steinbach, Abgeordneter des Parlaments von Rheinland-Pfalz, einen Empfehlungsentwurf zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung hinterlegt. Dieser wird im Laufe der nächsten Sitzungsperiode in der Kommission „Soziale Fragen“ behandelt.

### BENELUX-Parlament

Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden wird durch das Benelux-Parlament ermöglicht.

In der Sitzungsperiode 2016-2017 fanden drei Plenarsitzungen des Benelux-Parlaments statt.

Die Plenarversammlung verabschiedete Empfehlungen zu folgenden Themen:



25. und 26. November 2016:

- die Benelux-Zusammenarbeit im Rahmen der Verteidigungspolitik
- der (betrügerische) Weiterverkauf von Eintrittskarten
- der Kampf gegen soziales Dumping

24. und 25. März 2017:

- der illegale Handel mit Hunden

16. und 17. Juni 2017:

- die Kontrolle des Flugverkehrs
- die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung
- die operationelle Sicherheit der nuklearen Einrichtungen im Benelux

### **Delegationsreise 2017**

Im Rahmen eines Besuchs im Landtag Brandenburg und im Bundestag in Berlin informierte sich eine Delegation aus dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Themen wie Bürgerbeteiligung, Ehrenamt und Parlamentsarbeit.

Viele Fragen kamen bei den Treffen der Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit den Gastgebern des Landtags Brandenburg zur Sprache. Die ostbelgischen Abgeordneten informierten sich über die Arbeitsweise des Landtags, seine Kontrollinstrumente und die Formen der Bürgerbeteiligung.

Die Abgeordneten des Brandenburger Landtages, der in dem wiederhergerichteten Stadtschloss in Potsdam untergebracht ist, zeigten sich interessiert an der belgischen Staatsstruktur und der Arbeitsweise des Parlaments in Eupen.

Beim Termin im Deutschen Bundestag trafen die Abgeordneten mit den Vorsitzenden des Unterausschusses Bürgergesellschaftliches Engagement zusammen. Gemeinsam erörterten sie Initiativen zur Förderung des Ehrenamtes und der Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungen.

## **EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Am 12. Juli 2017 wählten die Mitglieder des AdR Karl-Heinz Lambertz, bisher Erster Vizepräsident, zum neuen Vorsitzenden. Die Wahl des Ostbelgiers zum Vorsitzenden entsprach einer Vereinbarung zwischen den beiden größten politischen Parteien im AdR, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Europäischen Volkspartei (EVP), die sich die Führung des AdR teilen. Die Bezeichnung des Gemeinschaftssenators als Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft im AdR wird von der Regierung ausgesprochen.

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) wurde 1994 als Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU gegründet. Dem Ausschuss gehören 350 Mitglieder

aus 28 EU-Staaten an. Die Mitglieder müssen demokratisch gewählt und/oder ein politisches Mandat in ihrem Heimatland innehaben. Es handelt sich zumeist um Präsidenten der Regionen, Bürgermeister oder gewählte Vertreter der Regionen und Städte.

Über den AdR können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU an der Gestaltung von EU-Rechtsvorschriften mit Auswirkungen auf die Regionen und Städte mitwirken.

Die Bezeichnung eines Ostbelgiers an die Spitze der europäischen Institution ist eine Chance für die Sichtbarkeit der gesamten Region und insbesondere für das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



*Karl-Heinz Lambertz hält seine erste Rede als Präsident des Europäischen Ausschusses der Regionen*

# BÜRGERDIALOG

Am Ende der Sitzungsperiode 2016-2017 fasste das Parlament die Entscheidung, in Ostbelgien einen Bürgerdialog zu initiieren. Bürgerinnen und Bürger sollen an wichtigen Themen des gesellschaftlichen Lebens mitarbeiten und gemeinsame Vorstellungen in Form einer sogenannten Bürgeragenda entwickeln. Thema ist die Kinderbetreuung.

Das gewählte Verfahren für den Bürgerdialog ist das der Konsensus-Konferenz. Bei einer Konsensus-Konferenz erarbeiten nach dem Zufallsprinzip heterogen zusammengesetzte Bürgergruppen in intensivem Dialog mit Experten Empfehlungen zu einem gesellschaftlichen Thema. Konsensus-Konferenzen werden inzwischen in zahlreichen Ländern durchgeführt. Vorreiter ist Dänemark. Das Parlament arbeitet im Prozess eng mit dem Rat für Erwachsenenbildung zusammen.

Damit der Prozess starten kann, müssen Bürgerinnen und Bürger ausgewählt werden. Dies geschieht nach dem Zufallsprinzip über Telefonanrufe, die ab August durchgeführt werden. Es wird ein möglichst repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung angestrebt: Männer, Frauen, geografischer Proporz, Altersgruppen, Bildungsgrad.



Mitte September beginnt der Bürgerdialog. In einer ersten Bürgerwerkstatt werden die ausgewählten Bürger eingeladen, sich mit dem Thema näher zu befassen und erste Fragen zu erarbeiten. Eine zweite Bürgerwerkstatt folgt. Am Ende formulieren die Bürger die sogenannte Bürgeragenda mit Anregungen und Empfehlungen. Diese wird den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern übermittelt. Die Bürgerwerkstätten finden im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft statt.

Noch vor Ende des Jahres soll die Bürgeragenda im Austausch mit den Politikern aus Ostbelgien debattiert werden. Alle im Parlament vertretenen Fraktionen unterstützen den Prozess und sind bereit, sich der Diskussion zu stellen. Durch die enge Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern erhofft sich das Parlament gute Ideen, neue Perspektiven und Anregungen, die zu zielgenaueren Entscheidungen führen können.

# PARLAMENT IN ZAHLEN

Abgeordnete: 25

Beratende Mandatare: 8

Regierungsmitglieder: 4

Jahreshaushalt 2017 des Parlaments: 6,718 Mio. Euro

Anzahl Mitarbeiter: 40

Plenarsitzungen: 12

Ausschusssitzungen: 118

Gemeinsame Sitzungen aller Ausschüsse: 7

Beschlüsse: 59

Regeldekrete: 12

Haushaltsdekrete: 5

Zustimmungsdekrete: 25

Gutachten: 1

Resolutionen: 7

Verwaltungsbeschlüsse: 9

Regierungskontrolle

Interpellationen: 12

Mündliche Fragen: 189

Schriftliche Fragen: 80

Begründete Anträge: 0

Themendebatten: 1

## IMPRESSUM

Verantwortlicher

Herausgeber: Stephan Thomas, Greffier

Konzept

und Redaktion: Dienst für Öffentlichkeitsarbeit

Gestaltung: Freddy Betsch

Fotos: Parlament  
Fotalia

Druck: Parlament  
der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Erscheinungsdatum September 2017

© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Platz des Parlaments 1 | B-4700 EUPEN

**T** +32 (0)87/31 84 00

**F** +32 (0)87/31 84 01

info@pdg.be

[www.pdg.be](http://www.pdg.be)

---